

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Die SAP rüft zur kämpfenden Einheit

## Der Naziterror von Felseneck

Professor Schwartz von seinen Parteigenossen erstochen / Justiz in der Front gegen die Arbeiter

Berlin, 23. Januar

Die Leichen des der NSDAP angehörenden Professors Schwartz und des Kommunisten Klemke, der beiden Opfer der blutigen Ausschreitungen an der Kolonie „Felseneck“, wurden gestern obduziert. Dabei wurde festgestellt, daß Schwartz von hinten, also im Rücken, einen Stich mit einem ungewöhnlich langen Dolchmesser erhalten hat, der bis in die Herzgegend ging und dort die Gefäße traf, so daß Schwartz an innerer Verblutung gestorben ist. Der tödliche Schuß, den Klemke erhalten hatte, hat sich als Durchschuß erwiesen, so daß das Geschöß im Körper nicht gefunden wurde. Damit entfallen alle Möglichkeiten, aus der Art und dem Kaliber der Kugel festzustellen, von welcher Seite dieser Schuß gekommen ist. Die Leiche des Kommunisten wies außerdem noch einige äußere Verletzungen auf, die entweder vom Fall herühren, oder aber auch ein Beweis dafür sein können, daß Klemke vorher in die tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den Kolonisten verwickelt gewesen ist.

Seit gestern mittag ist die Staatsanwaltschaft mit der Prüfung des auf 250 Seiten angewachsenen Aktenmaterials dieses Falles beschäftigt. Die Entscheidung darüber, ob eine Voruntersuchung eingeleitet werden soll oder ob die bisherigen polizeilichen Ermittlungen über die 68 in dieser Sache festgenommenen Personen genügen, dürfte voraussichtlich noch am heutigen Tage fallen. Von diesem Entschluß hängt es ab, ob die betreffenden Personen dem Vernehmung- oder dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden.

Das Ergebnis der Obduktion der Leiche des Professors Schwartz bestärkt die durch verschiedene Zeugenaussagen aufgetauchte Vermutung, daß

der Professor von seinen eigenen nationalsozialistischen Kameraden erstochen worden ist. Wie von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt wird, sind bisher 68 Personen verhaftet worden. Gerichtliche Haftbefehle sind noch nicht erlassen. Inzwischen wird alles versucht, um die Aufklärung der Mordtaten in der Öffentlichkeit zu unterdrücken, wie der folgende Bericht beweist.

### Aufklärung verboten!

Die blutige Straßenschlacht, die sich kürzlich in der Kolonie „Felseneck“ ereignete, hatte bereits ein Nachspiel vor dem Schnellgericht beim Amtsgericht Mitte. Zwei Kommunisten hatten sich wegen Verteilens von nicht genehmigten politischen Flugblättern zu verantworten, in denen der Ueberfall den Nationalsozialisten nachgesagt und der Polizeipräsident der Begünstigung dieses Ueberfalles bezichtigt wurde. Die Angeklagten, die auf dem Laubengelände unmittelbar neben der Kolonie „Felseneck“ wohnen, behaupten, die Flugblätter von einem unbekanntem Radfahrer erhalten zu haben. Sie nahmen in der gestrigen Verhandlung das Recht für sich in Anspruch, die Öffentlichkeit durch Flugblätter darüber aufzuklären, daß die Nationalsozialisten die Angreifer waren. Das Gericht, das ausdrücklich ein Urteil über die Schuldfrage an dem Ueberfall ablehnte, verurteilte die Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis.

### Postbeamte gegen den Naziterror

Berlin, 23. Januar.

In einer kommunistischen Versammlung in Reinickendorf-Ost wurde folgende Resolution

der Postbeamten des Postamts Reinickendorf (angenommen in einer Betriebsversammlung) bekanntgegeben:

„Vor wenigen Tagen wurde auf die Laubkolonie von „Felseneck“ ein Ueberfall von 200 Nationalsozialisten verübt. Bei diesem Ueberfall wurde der Arbeiter Fritz Klemke ermordet. Wir protestieren auf das schärfste gegen diesen neuen Terrorakt der Nationalsozialisten, zumal sich der Terror auch auf unserem Amt immer mehr bemerkbar macht. Wir beschließen eine Sammlung zugunsten der Witwe des ermordeten Klemke und werden uns bei der Beisetzung durch eine Delegation vertreten lassen. — Die Postbeamten des Postamts Reinickendorf.“

Vor wenigen Tagen haben sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter sich in der Laubkolonie „Felseneck“ zu gemeinsamer Abwehr des infamen Naziüberfalls verbunden. Jetzt haben auch die Postbeamten ein Beispiel gegeben, daß nur die gemeinsame Klassenfront eine wirksame Abwehr des Faschismus ermöglicht. Um so bedauerlicher, daß in der erwähnten kommunistischen Versammlung von keinem Redner und nicht einem Worte auf die große gemeinsame Tat hingewiesen wurde. Vielmehr man sich in überspitzten Konstruktionen des Berichtes des „Vorwärts“ über die in diesem

Falle völlig korrekte Haltung der lokalen SPD-Organisation erging und sich nicht enthalten konnte, im Angesicht der faschistischen Nazimordbanden von Ueberfällen „verhetzter sozialfaschistischer Reichsbannerarbeiter“ zu sprechen, womit man der Abwehrarbeit der Reinickendorfer Arbeiterschaft einen schlechten Dienst erwiesen hat. Die Reinickendorfer Arbeiter aber werden dem Beispiel der Laubkolonisten und Postbeamten folgen und trotz allem die einzige Abwehrfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus aufrichten.

### Einheit im Kampf!

Die Ortsgruppe Reinickendorf der Sozialistischen Arbeiterpartei hat an die Stedler der Kolonie Felseneck folgendes Schreiben gerichtet:

„Werte Genossen!

Die Ortsgruppe Reinickendorf der SAP spricht euch zu dem brutalen und feigen Ueberfall der Nazis auf eure Kolonie ihr proletarisches Mitgefühl aus und sendet den Angehörigen des Ermordeten ihr tiefstes Beileid. Proletarier, gleich welcher Partei, erkennt den Ernst und die Forderung der Stunde: Zusammenschluß, Einigkeit im Kampfe gegen dieses Mordgesindel! Legt alles Trennende beiseite! Schafft die überparteilichen Abwehrkartelle!“

## Vulkan vernichtet Städte

Katastrophe in Guatemala

New York, 23. Januar.

Aus San Salvador wird von schweren Vulkanausbrüchen in Guatemala gemeldet, daß die Ortschaften Antigua, Santa Lucia und Cotzumalhuapa sowie zahlreiche Dörfer vernichtet sein sollen. Am Freitag wurden 60 Erdstöße verspürt, während die Vulkane Fuego und

Acatenago in der Nähe der Stadt Guatemala in voller Tätigkeit waren.

In der Stadt Guatemala sowie an der Grenze zwischen Guatemala und San Salvador ist der Himmel durch Aschenregen völlig verdunkelt. Das Observatorium von San Salvador hat weitere starke Erdstöße verzeichnet.



Blick auf die Stadt Antigua  
Im Hintergrund die Vulkane Guatemalas Fuego und Acatenago

## Wann kommt die internationale Aktion des Proletariats?

O Berlin, 22. Januar.

Ueber Europa ballen sich die Wolken neuer imperialistischer Zuspitzungen zusammen. Die ganze Welt ist in fiebriger Erregung, der Kampf der Noten und Erklärungen ist im vollen Gange, die Umgruppierung der imperialistischen Kräfte bereitet sich vor. Konferenzen scheitern, bevor sie noch zustande gekommen sind, die Regierungen wechseln wie das Wetter im April — aber die Politik bleibt die gleiche: geschüttelt von den Auswirkungen der Krise, ohne jede Perspektive eines neuen wirtschaftlichen Aufschwungs, ausgeliefert der zerstörenden Wirkung der anarchischen Gegensätze des monopolistischen Spätkapitalismus wächst der nationale Egoismus, die Unfähigkeit zur Verständigung auch in Teilfragen, die Tendenz zum Kampfe aller gegen alle, die als Vorstadium eines neuen bewaffneten Zusammenstoßes betrachtet werden muß. Die Versuche zur Liquidierung des letzten Krieges schlagen um in Keime des nächsten.

Auf der Basis einer aufsteigenden Konjunktur konnte es einige Jahre so scheinen, als ob es den imperialistischen Großmächten gelingen würde, eine Atempause im Ringen um die Verteilung der Welt, einen Stillstand in der Austragung des Kampfes um die imperialistische Vormachtstellung zu schaffen.

## Auch noch der Trauerzug verboten

Berlin, 23. Januar.

Der von der Kommunistischen Partei beim Polizeipräsidium gestellte Antrag auf Genehmigung eines großen Trauerzuges für Klemke anlässlich der am Montag im Krematorium in der Gerichtstraße stattfindenden Einäscherung sowie bezüglich einer Aufbahrung der Leiche in den Pharussälen in der Müllerstraße, ist vom Polizeipräsidenten abgelehnt worden.

Die Weltwirtschaftskrise hat diese Basis wieder zerstört. Jetzt zeigt es sich, daß der Weltkrieg von 1914 bis 1918 mit einem Remis geendet hat, die Kräfte wachsen täglich, die die Partie erneut zum Austrag bringen wollen. Die Gefahr eines neuen Krieges steigt am weltpolitischen Horizont herauf.

Den neuen Anfang haben die Japaner mit ihrem Vorstoß in die Mandschurei gemacht. Man hat versucht, sie zurückzupfeifen, wie sie bereits zweimal zurückgepfiffen worden sind, aber diesmal bleiben sie und bauen ihre Stellungen weiter aus. Den imperialistischen Gegensatz zu den anderen kapitalistischen Räufern, der gefahrdrohend gewachsen ist, versuchen sie durch eine Konzentration der Kräfte gegen den gemeinsamen Feind: die erstarkende Sowjetunion, zu bannen. Die gemeinsame Linie ist noch nicht gefunden, aber die Verhandlungen zu ihrer Herausbildung gehen weiter. Sie bilden auch den Hintergrund der internationalen Diskussion der Reparationsfrage, in die der deutsche Reichskanzler Brüning in völliger Verkenntnis der Situation mit dem Holzhammer seiner Erklärung eingegriffen hat: daß

Deutschland auch für die Zukunft keine Reparationen bezahlen wolle.



# Brüning an Hitler

## Der Reichskanzler nationalistischer als die Nazis

Berlin, 23. Januar.

Der Reichskanzler hat an Adolf Hitler ein Antwortschreiben gesandt, in dem es heißt:

„Ihre verfassungsrechtlichen Bedenken sind unbegründet. Es hat sich niemals um ein „Aufheben“ der Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes um eine gewisse Zeit im Wege der Gesetzgebung zu verlängern. (Also doch Umgehung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die die Neuwahl verlangen! Die Red.) Die Verlängerung der Amtsdauer durch ein verfassungsänderndes Gesetz ist zulässig. Das ergibt sich aus Artikel 76 der Reichsverfassung. Die grundsätzliche Bestimmung des Artikels 41 Abs. 1 der Reichsverfassung, wonach der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volke gewählt wird, würde durch ein Gesetz, wie es die Reichsregierung im Auge hatte, in keiner Weise berührt, geschweige denn „aufgehoben“ werden.“

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß zum Zustandekommen eines Reichsgesetzes die Beschlußfassung des Reichstages allein nicht genügt, und daß bei einem verfassungsändernden Gesetz, wie es hier in Frage gestanden hätte, nicht nur dem Reichspräsidenten, sondern auch dem Reichsrat das Recht

zugestanden haben würde, das vom Reichstag beschlossene Gesetz zum Volksentscheid zu stellen.

Sie behaupten, meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage habe letzten Endes die Erhaltung des „heutigen Systems“ bezweckt. Dieses „System“ habe in 13jähriger planmäßiger Zerstörungsarbeit Deutschland zum Ruin geführt.

Vom vaterländischen Standpunkt aus muß ich es auffällig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen. Nach fast allgemeiner Auffassung ist ein außenpolitischer Tatbestand der Versailler Vertrag mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnöte.

Eine ungeheure Wirtschaftskrise hat, wenn auch in verschiedenem Ausmaße, die meisten Länder der Erde erfaßt. Daß unter diesen Ländern Deutschland am härtesten erfaßt wurde, ist die Folge davon, daß der deutsche Wirtschaftskörper durch die Blutentziehungen des Versailler Vertrages sowie durch die Reparationsleistungen in seiner Widerstandskraft besonders geschwächt war.

Wenn Sie zum Schluß meine Fühlungnahme mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, jahrelang verfehmten Partei vom Gesichtspunkt der Moral aus beanstanden, so kann ich

Ihnen nur erwidern, daß es

nicht das erstemal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme besprach,

und daß es andererseits sich für mich von selbst verstand, daß ich mich in einer die ganze Nation tief bewegenden Frage auch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unmittelbar in Verbindung setzte.“

\*

Herr Hitler in den Schlingen der Nazi-Demagogie! Die Zentrumsfische nehmen es an Rabulistik noch allemal mit den Hakenkreuzrittern auf! Wenn Deutschlands ganze Not von den Reparationen kommt, wie die Nazis seit 10 Jahren, die ganze deutsche Bourgeoisie seit zwei Jahren und neuerdings auch die SPD und die Führung der Freien Gewerkschaften sagen, dann kann kein Systemwechsel im Innern irgendeinen Fortschritt bringen. Herr Brüning hat die Nazis damit gut abgetrumpft. Merkt die reformistische Führung nicht, daß sie auch sich selbst auf diesem Boden die Voraussetzungen jeden politischen Kampfes raubt? Man muß die ausschließliche Schuld der kapitalistischen Gesellschaft an der furchtbaren Weltwirtschaftskrise, am Krieg, an allen seinen Folgen, an den Reparationen und ihrer Wirkungen sehen, um kämpfen zu können. Und dann kann der Kampf nur ein Ziel haben: den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft selbst.

In der jetzigen internationalen Situation ist die Reparationsfrage weit hinausgewachsen über die Feststellung und Untersuchung der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands, über die sich wohl alle Großmächte einig sind. Sie ist zum Ausgangspunkt der Neuformierung und Umorientierung im Lager des Imperialismus geworden. Sie ist von Brüning unter dem Druck der faschistischen Front als eine Machfrage aufgerollt worden und wird in Frankreich, England und Amerika so verstanden. Der deutsche Imperialismus versucht, unter dem Druck der Wirtschaftskrise, wieder eine selbständige Rolle zu spielen. Was mit dem deutsch-österreichischen Zollvertrag zum erstenmal versucht wurde, wird jetzt, wo die deutsche Bourgeoisie außen- und innenpolitisch in der Sackgasse sitzt, mit anderen Mitteln wiederholt. Automatisch schließt sich gegen diesen Versuch der Ring der anderen Großmächte wieder zusammen. Die Bildung der gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion wird zurückgestellt bis zur Erledigung der Frage, welche Rolle Deutschland in einem solchen Bündnisystem zufallen soll. Eine führende und selbständige Rolle wird es auf keinen Fall sein. Frankreich, England und die Vereinigten Staaten werden sich die Früchte ihres Siegs im Weltkriege, die Ausschaltung eines der stärksten imperialistischen Räuber beim Kampf um die Absatzmärkte und Einflußsphären, nicht aus den Händen wenden lassen. Das Ende des Brüning'schen Vorstoßes in der Reparationsfrage wird die Kapitulation sein. Die Folge wird sein, daß die deutsche Bourgeoisie noch ergebener und hündischer in die Antisowjetfront einrücken wird als sie dies heute schon tut.

Die Arbeiterklasse der beteiligten Länder hat in den letzten Jahren keine Position in den außerpolitischen Auseinandersetzungen der Regierungen bezogen, die imstande gewesen wäre, einen internationalen Druck auszuüben auf die Herausbildung der imperialistischen Fronten. Sowohl die 2. wie die 3. Internationale hüllen sich gegenüber der Zuspitzung der Gegensätze in Schweigen. Ein internationales Forum, das alle proletarischen Energien in einer Richtung zusammenfassen könnte, existiert nicht mehr.

Dieses Forum muß unter Aufbietung aller Anstrengungen geschaffen werden. Die Demonstration von Basel im Jahre 1912 hat es nicht vermocht, den Weltkrieg zu verhindern; zwei Jahre später waren die großen Worte vergessen, die dort gesprochen worden sind. Trotzdem war diese internationale Konferenz der letzte große Versuch der 2. Internationale, das Proletariat als selbständige Kraft einzuschalten in den Ablauf der zum Kriege drängenden Tendenzen.

Heute, 20 Jahre später, ist es notwendiger denn je, das Proletariat im internationalen Maßstabe zu mobilisieren, alle Kräfte zusammenzufassen, um den zum Kriege rüstenden Mächten in die Arme zu fallen. Wir denken, es müßte möglich sein, eine internationale Konferenz aus Vertretern aller sozialistischen und kommunistischen Parteien zustande zu bringen, auf der dem internationalen Proletariat der sozialistische Ausweg aus der Krise und die Notwendigkeit einer selbständigen proletarischen Außenpolitik, die sich freimacht von den nationalen „Belangen“ der einzelnen Länder, demonstriert wird. Wir wissen, welcher mächtige Damm von gegenseitigem Mißtrauen und Feindschaft einer solchen Konferenz im Wege steht. Aber dieser Damm muß weggeräumt werden, die Verständigung auf einige bestimmte, konkrete Kampflosungen, die Einleitung einer internationalen Aktion zur Sicherung des Weltfriedens ist ein Lebensinteresse des internationalen Proletariats.

## Bergarbeiter gegen Schlichtungskommission

Kattowitz, 23. Januar.

In Sosnowitz fand gestern ein Kongreß des Zentralvorstandes der Bergarbeiter der Dombrowa- und Krakauer Kohlenreviere statt. Es wurde beschlossen, die Aktion der Bergarbeiter dieser beiden Reviere gegen die Lohnherabsetzung mit der Aktion der ostoberschlesischen Bergarbeiter zu verbinden und im Falle eines Streiks diesen auf alle drei Reviere auszuweiten. Auch diese Arbeitertagung hat sich gegen die von der Regierung einzusetzende Schlichtungskommission im gegenwärtigen Lohnstreik ausgesprochen.

## 70000 Arbeiter im Streik

Ahmedabad, 23. Januar.

Alle hiesigen Spinnereien, 70 an der Zahl, liegen wegen des Ausstandes der Mitglieder des Arbeiterverbandes seit zwei Tagen still. Wie verlautet, sollen mehr als 70 000 Arbeiter als Protest gegen die Verhaftung des Schriftführers des Verbandes streiken. Die gesamten Polizeikräfte der Stadt stehen im Spinnereiviertel, wo Versammlungen und Umzüge verboten worden sind.

## Stillhalte-Abkommen perfekt

Das neue Stillhalteabkommen, über dessen Formulierung sechs Wochen hindurch verhandelt worden ist, steht nun unter Dach und Fach. Das neue Abkommen sieht die Verlängerung der stillgehaltenen Auslandskredite von über sechs Milliarden Mark auf ein Jahr hinaus vor, enthält allerdings eine Reihe von Klauseln, wonach eine Kündigung auch schon früher eintreten kann. Eine Veröffentlichung des Wortlautes ist bisher nicht erfolgt.

## Goebbels-Flegelien vor Gericht

Berlin, 23. Januar.

Im Mittelpunkt des Helldorf-Prozesses stand heute vormittag die Vernehmung von Nazi-Goebbels. Es muß als ein Skandal bezeichnet werden, daß der Vorsitzende Ohnesorge es zuließ, daß Dr. Goebbels, der nur eine Aussage zu machen hatte, die er übrigens verweigerte, Gelegenheit zu einer unverschämten Hetzrede — auf das Polizeipräsidium gegeben wurde. Je flegelhafter und arroganter sich Goebbels benahm, um so mehr ließ ihn das Gericht gewähren. Die heutige Verhandlung bestätigte nur wieder erneut die Richtigkeit unserer Auffassung, daß sich die meisten unserer Juristen bereits als Beamte des Dritten Reiches fühlen. — Bekanntlich hatte ein Kriminalbeamter im ersten Helldorf-Prozess bekundet, daß Helldorf und Goebbels bereits vor den Unruhen von den geplanten Demonstrationen unterrichtet gewesen seien. Das Polizeipräsidium will durch eine Vertrauensperson davon Kenntnis erhalten haben. Goebbels verlangt die Namensnennung dieser Vertrauensperson. Er leistet sich dabei die unglaublichsten Ausfälle gegen das Polizeipräsidium.

Zeuge Goebbels: „Die ganze Frage würde binnen fünf Minuten geklärt sein, wenn das

Polizeipräsidium sich entschlösse, den feigen Denunzianten namhaft zu machen, so daß man ihn herbeischaffen kann. Ich kann es nur wieder als einen exorbitanten und skandalösen Zustand bezeichnen...“

Staatsanwalt Dr. Stenig (äußerst laut): „Der Zeuge hat den Prozeß als einen skandalösen Zustand bezeichnet. Ich bitte das Gericht, gegen derartige Ausfälle des Zeugen einzuschreiten.“

In den gleichzeitigen Antworten des Vorsitzenden, des Staatsanwalts und der Zeugen entstand ein so allgemeiner Lärm, daß keine Antwort mehr verständlich war. Nachdem sich die Prozeßbeteiligten beruhigt hatten, meinte der Vorsitzende: „Ich weise Dr. Goebbels nochmals darauf hin, daß er derartige Angriffe hier zu unterlassen hat und möchte ihn bitten, ebenso ruhig zu sprechen, wie ich es tue.“

Erst nachdem Goebbels im Ton immer schärfer und anmaßender geworden ist, findet sich der Vorsitzende zur Abwehr bereit.

Wenn sich jemals ein Arbeiter so etwas vor Gericht geleistet hätte! Aber dafür haben wir ja auch eine Klassenjustiz!

## Bäcker kündigen Brotpreiserhöhung an

Nach einer Meldung der Telegraphenunion hat der Reichskommissar für Preisüberwachung aus den ihm erteilten Informationen die sichere Ueberzeugung gewonnen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Roggenmehl bis zur neuen Ernte gesichert sei. Die Entwicklung der Roggenmehlpreise wurde genau verfolgt, und es sei Vorsorge getroffen, daß eine Erhöhung der Brotpreise nicht eintrete.

Soweit die auf Beruhigung berechnete Versicherung des Preiskommissars. Wir entnehmen ihr, daß man in Regierungskreisen die Erregung, die eine Brotpreiserhöhung auslösen müßte, fürchtet. Die Beteuerungen des Preiskommissars sind aber nicht genügend.

Die Bäcker Groß-Berlins haben nicht versäumt, dem Preisabbaukommissar eine scharfe Erklärung entgegenzustellen, worin eine Erhöhung des Brotpreises um 2 Pfennig pro Brot als unabwendbar bezeichnet wird. Von dieser Erhöhung sei bislang nur in Abwartung der vom Reichsernährungsminister und Reichspreiskommissar zu ergreifenden Maßnahmen zwecks Herbeiführung einer Mehlpriensenkung Abstand genommen worden. Da aber — so erklären die Bäcker weiter — die Mehlpreise nicht nur nicht gesunken, sondern im Gegenteil noch weiter gestiegen seien, so sei die Erhöhung des Mehlpriises

nur noch eine Zeitfrage und dürfte in den nächsten Tagen nach Abschluß der letzten Besprechungen erfolgen.

Mit dieser Ankündigung kommt der Preiskommissar in jene unhaltbare Situation, die solange nicht zu umgehen ist, als er seine Erfolge nur beim Kleinergewerbe und beim Zwischenhandel einheimste, die Quellen der Preisbildung aber vermied. Wie dem jedoch auch sei und gleichgültig, ob schon eingetretene Mehlpri-

preiserhöhungen im Produktenhandel auch schon die von den Bäckern angekündigte Brotpreiserhöhung rechtfertigen: für die Konsumentenschaft, die in ihrer Kaufkraft soeben durch das ungeheure Lohn- und Gehaltsabbaudiktat gesprengt worden und zu breiten Teilen überhaupt jedes Verdienstes beraubt ist, ist eine Brotpreiserhöhung etwas ganz Untragbares. Sie darf unter keinen Umständen kommen.

## SAP führt!

Vorstoß im Breslauer Stadtrat

Breslau, 23. Januar.

Für die nächste Stadtverordnetenversammlung hat die SAP folgenden Antrag eingebracht: Auf Grund der Bestimmungen des § 1 des Kap. V des 5. Teiles der 4. Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 8. Dezember 1931 hat der Breslauer Regierungspräsident als Vertreter der obersten Landesbehörde im Einvernehmen mit dem Magistrat die Richtsätze für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts der Hilfsbedürftigen innerhalb des Stadtkreises Breslau vom 1. Februar 1932 ab wesentlich gekürzt.

Die Durchführung dieses Vorhabens bedeutet eine starke Verschärfung der Notlage der davon betroffenen Bevölkerungskreise. Die Stadtverordnetenversammlung bedauert daher, daß der Magistrat dieser Maßnahme des Regierungspräsidenten nicht den schärfsten Widerstand entgegengesetzt hat, sondern seinen Wünschen in weitgehendem Maße entgegengekommen ist.

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, vom Regierungspräsidenten die sofortige Aufhebung seiner Anordnung zu fordern und künftigen Bestrebungen des Regierungspräsidenten, die Richtsätze in der Stadt Breslau herabzusetzen, mit allen der Stadt Breslau zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.



Der Adolf ficht mit wilden Hieben, Herr Brüning läßt sich gerne schieben.



Der Topf zerbricht — Herr Brüning weint, So hat er's nämlich nicht gemeint.

## Die gefährliche SAZ

Im Gewerkschaftshaus in Heidelberg befinden sich die Büros der Freien Gewerkschaften und der SPD, außerdem ein großes Restaurant. Dort sollte, auf Wunsch einiger SAP-Genossen, die SAZ neben den anderen Zeitungen ausliegen. Zunächst hatte der Pächter des Restaurants Bedenken, da ja die „hohen Herrschaften aus der Partei“ in dem Lokal verkehren. Darauf stellte ein Genosse seine Zeitung unentgeltlich zur Verfügung. So wurde die SAZ wenigstens dorthin geliefert. Vormittags kam sie, aber schon mittags war sie nicht mehr vorhanden. So ging es mehrere Tage lang. Ein Gewerkschafts-„führer“ schien besonderes Interesse an der Zeitung zu haben. Zur Rede gestellt, wußte er nur zu sagen, daß es nicht angehe die SAZ in fremde Zeitungshalter zu spannen (!)

Nach langem Drängen wurde die SAZ im zweiten Monat vom Restaurant aus abonniert. Darauf wurde ein neuer Trick erfunden. Den Kellnern, die die ankommenden Zeitungen in Empfang nehmen, wird „nahegelegt“, die SAZ nicht in den für sie bestimmten Zeitungshalter zu spannen. So wird sie leicht „verlegt“ und ist nicht zu finden.

Die SAZ muß wohl trotz oder gerade wegen ihrer Sachlichkeit eine ungeheure Gefahr für die „großen Führer“ darstellen. Wer mit derartigen Intrigen arbeiten muß, der gibt zu, daß er am Ende seiner Weisheit angelangt ist.



# Die Matrosenrevolte von 1917

Der Bericht eines zum Tode Verurteilten — Von Willy Sachse

## 1. Fortsetzung

Nach der Mittagswache wird wieder Reinlichkeitsmusterung befohlen. Jetzt kocht alles auf. Ohne viel Worte beschließt die ganze Heizermannschaft, sich nicht mehr zu waschen. Nackt und schwarz treten wir deshalb zur Musterung in der Schmiede an. Die Bunker-gäste stehen wie schwarze Kohlensteine im vordersten Glied. Der Obermaat ist gegen diese Subordination hilflos, er schnappt immerzu nach Luft, der Ingenieur ist auch über-rascht. Er brüllt uns an, warum wir uns nicht gewaschen haben. „Keine Seife, Herr Ingenieur!“ ist aller Antwort. „Wißt Ihr, was Ihr tut, Ihr Rebellen?“ Wir schweigen. Mehr r's Festung wird es nicht geben; gut, dann kommen wir wenigstens runter von diesem Pott. „Obermaat, lesen Sie mal die Kriegs-artikel vor, ich werde Meldung erstatten!“ Er verschwindet wieder. Der Obermaat liest uns die Kriegsartikel vor. Wir frieren und hören nicht zu. Mag kommen was da will.

Plötzlich springt der erste Offizier durch die Schotten. Der Ingenieur hinterdrein. Der Obermaat macht Meldung. Der Erste greift Arno heraus. „Oberheizer, warum waschen Sie sich nicht? „Keine Seife, Herr Kapitän!“ Der Erste schweigt und blinzelt uns an. Dann wendet er sich halb zum Ingenieur, halb zu uns. „Herr Ingenieur, die Leute müssen Seife erhalten, damit sie sich waschen können. Die Reinlichkeitsmusterungen fallen weg!“ Er salutiert, tritt ab. Ein verlegenes Schweigen. Dann dürfen wir wegtreten. So schnell sind wir noch nie an Deck gewesen. „Hurra, es gibt mehr Seife und weniger Musterung. Der Olle ist reingefallen!“ Die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer im Schiff. Bald wissen es auch die anderen Schiffe. Und nun beginnen überall kleine Bebel-lionen aufzuflackern. Heizer und Matrosen der Schiffe, müde des langen Wartens, sind endlich in Bewegung gekommen. Hier um ein Stück Seife, dort um einen Löffel Suppe. Wo ist das Ziel? — — — Wo ist das Ziel?

## Neuland aboi!

Gewitterschwüle lastet auf allen Gemütern. Mürrisch und verdrossen stehen die Mann-schaften in den Decks herum. Wir warten auf das Essen. Im Vorschiff war Kirche. Seit wir Matrosen aufsässig geworden sind, mangelt es weder an Kirchengang noch an Offiziersvor-tragen. Uns aber hungert! Nach allem!  
„Was die heute wieder für einen Fraß kochen? Grünkohl, das drittemal in dieser Woche. Ich glaube, die geben uns mit Absicht nur noch Hoffnungssalat!“ ... „Grünkohl — Steckrüben — Klippfisch, immer dieselbe Brühe. Bei Labskaus und Gurken hätte der Olle mehr Gehorsam, als bei diesem Fraß.“ „Ja, ja, das ist der Haken, der hungrige Krieg frißt uns noch alle auf.“ „Ach was, frag mal, was die achtern so heute zu futtern kriegen?“ Arno holt eine Menükarte der Offiziersmesse aus seinem Spind und liest: „Königinsuppe mit Leberklößen, Spinat mit erlesenen Eiern, Filet von Rügen in Butter, Salat, Kompott, Backwerk und Früchte, Mokka!“ Die Karte ist vom 18. Februar 1917.

Während wir über das Essen schimpfen, stürzt Franz Müller ins Deck. Atemlos, auf-geregt. Er muß erst tief Luft holen, bevor er überhaupt sprechen kann. „Franz, bist Du aus den Filzlatzchen gekippt? Sei doch nicht so aus dem Karussell, was ist schon wieder mal los?“ Franz ringt nach Worten. Endlich wird er frei. „Ich komme aus der Funken-bude. Seit einer Stunde laufen die Tele-grome wie warmes Wasser in die Wanne. Der Admiralsläufer ist fortwährend unterwegs. — In — — Rußland — — da — da ist Revolution!“

Ein langes, zögerndes Schweigen. Das Stöhnen der Lanzpumpen im Heizraum ist zu hören. Leise zittert das Zwischendeck. Die Schlacke prasselt durchs Lanzrohr wie Ma-schinengewehrfeuer. Keiner findet Worte. Niemand ist da, der dieses Ereignis auch nur erfassen könnte. Langsam tropfen die Worte Franz Müllers in den Raum, dessen zitternde Bewegungen das schwache Echo der Worte hin und her werfen, bis sie mit dem Deck-wasser in den Spanten vergurgeln. Ungläubig betrachten wir den Sprecher und hängen doch an seinen Worten.

Revolution in Rußland? Friede — — — ?  
Nein! . . . .

„... und wißt Ihr, wer angefangen hat?“ — — Müllers Frage verhallt im Raum, die Pumpen stöhnen immerzu. Wir sehen nicht mehr zu ihm hin. Arno kaut in Gedanken, als müsse er mit seinem Mahlwerk erst all die Worte zerkleinern, ehe sie in sein Hirn ein-gehen könnten. „Die Kulis! . . . Ja, ja, Kronstädter Matrosen haben Petersburg ge-nommen und dann ging der Rummel los —!“

Seit Oesel und Dagö haben wir ver-ächtlich auf die baltische Flotte des Zaren herabgeblickt. Jetzt gingen diese Matrosen

uns allen voran und marschierten ohne Zögern dem Frieden entgegen.  
Auf ihre Art — — —!

Die oberste Heeresleitung freute sich auch über diesen seltsamen Marsch russischer Matrosen. In aller Breite schilderten die amtlichen Berichte ihre Taten auf den russischen Schiffen und an Land. Sollte das An-leitung sein? Das hieß doch: Lunte ans Pulverfaß!

Wie ein Pflug in taufrischer Erde, so pflügten die Ienen der russischen Revolution die Hirne der deutschen Matrosen um und um. Jeder Tag bringt neue Kunde und neue Er-eignisse: Aufstand der Matrosen, Soldaten-bünde, Arbeiterräte. Die Dinge und Begriffe stürmen auf uns ein. Wie sollen wir das alles bewältigen? Ein Fieber packt alle, wie in den

Tagen des August 1914. Wir wollen ein-deutige Informationen. Die Zahl radikal sozia-listischer Zeitungen steigt. Auf dem Flotten-flaggschiff, vierzehnhundert Mann Besatzung, zweihundert solcher Zeitungen. Auf „Prinz-regent Luitpold“, eintausendeinhundert Mann, 120 Leser. Auf „Helgoland“ achthundert Mann, 83 Abonnenten. Selbst auf den kleinen Kreuz-ern lesen vierzig Mann die Zeitungen. Lang-sam und unaufhörlich dringt das „Gift“ sozia-listischer Agitation in die Flotte ein. Gute Patrioten mußte das mit Besorgnis erfüllen. Darum hagelt es Verbote und Erlasse. Befehle verbieten Mannschaften und Unteroffiziere der Seestreitkräfte das Lesen sozialistischer Zeitungen und Schriften. Mit aller Härte werden Aufsässige und Unbotmäßige bestraft. Aber die Zahl der Leser sozialistischer Zei-tungen nimmt zu. In Werftbaracken und

Matrosenkneipen veranstalten die Mannschaf-ten Versammlungen und Zusammenkünfte. Dort werden die Forderungen vereinbart, die an die Flottenleitung auf allen Schiffen zu stellen sind. Der Begriff „Menazekommission“ taucht auf. Die Flottenleitung lehnt die For-derung nach diesen Mannschaftskontrollkom-missionen ab. Einzelne Matrosen opfern kost-bare Stunden ihres Urlaubs, um in Berlin, bei radikalen Abgeordneten Informationen einzu-holen über die Rechte an diesen Kommissionen. Aus den Ereignissen heraus, entsteht eine M a t r o s e n b e w e g u n g , die bald über sich selbst hinauswachsen muß. Arbeitsverweigerungen sind an der Tagesordnung. Die ersten Krater öffnen sich. Anzeichen einer nahen Eruption.

(Fortsetzung folgt.)

# Reinhard-Gallifet bei den Nazis

Der Herr Oberst schildert die „Revolution“ von 1918

Die Nationalsozialisten teilen mit, daß der frühere Oberst Wilhelm Reinhard, der in der Revolutionszeit einmal Kommandant von Berlin war und sich in einem Interview mit einem Redakteur des „Berliner Tageblatt“ zu der Rolle eines Gallifet, des Schlächters der Kommune, bekannte, zur NSDAP übergetreten sei. Da ist es nicht un-interessant, einen fast vergessenen Zeitungs-bericht ans Licht zu heben, der über die Zeugnisaussage des alten Haudegens im Jorns-Prozeß berichtet. Die Mei-nungen, denen Reinhard damals Ausdruck gab, sind die eines entschlossenen Konte-revolutionärs, und unter diesem Gesichts-punkt ist es wichtig, sie in Erinnerung zu rufen. Reinhard erzählte damals:

„Am 24. Dezember 1918 erhielt ich die Nachricht, daß ich Kommandant von Berlin geworden sei. Meinen Vorgänger Wels, hatten die Matrosen im Marstall gefangen-gesetzt. Da es damals in Berlin nichts zu kommandieren gab, erbat ich mir vom Kriegs-minister ein Patent, wonach ich Truppen auf-stellen dürfte. Dann habe ich mir meine alten Leute vom Vierten Garderegiment zu-sammentelegraphiert. Dann besetzte ich zu-erst das Gefängnis hier, damit auch sofort wieder Rechtspflege eintreten konnte. Die Stelle als Kommandant von Berlin gab ich dann aber sehr schnell wieder ab, weil mir die Arbeit mit diesen Soldatenratsgeschichten nicht paßte. Wer nach mir Kommandant von Berlin wurde? — Och, untergeordnete Per-sönlichkeiten, ein Mensch wie Fischer, der war früher Ordensgeistlicher gewesen, dann sozialdemokratischer Berichterstatler. Dann kam einer, der hieß Klawunde, der war wohl'n Untroffizier. Wen ich hier im Gefängnis hatte? — Ja, also zuerst hab' ich mal die „Vorwärts“-Besatzung eingesperrt. Da sollten ja wohl die Stäbe der Roten Armee Deutschlands darunter sein, und es schien mir enorm wichtig, diese Stäbe der Roten Armee Deutschlands bei mir zu haben. Dann hatte ich auch noch den Ledebour. Den roten Soldatenrat von Berlin hatte ich auch. Und etwa 300—400 Matrosen; das waren die Reste der Volksmarine-Division. (Es waren die „Reste“, die Leutnant Marlohs berühmte Aus-lese überstanden hatten. 30 Matrosen sind bekanntlich vom Regiment Reinhard in der Französischen Straße ermordet worden. Die Red.) Auch Radek, den russischen Bolsche-wisten, nicht zu vergessen, und Leo Jogi-ches, seinen Nachfolger. Das war ein ganz doller Hetzer. Der ließ Flugblätter drucken, in denen stand, daß die Offiziere alle er-mordet werden sollten.

Ich hab' damals einen Kommandanten für das Zellengefängnis ernannt. Das war der Fregattenkapitän von Zitzewitz. Von dem hab' ich mir ausbejeben, daß mir „die Herren (die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. D. Red.) sehr anstän-dig und sehr ordentlich behandelt werden. Ich habe sie nicht als Mörder an-gesehen und habe auch Befehl gegeben, daß man ihnen das Ausgehen ermögliche. Das waren ja damals Zustände in Berlin. . . Ich muß da mal politisch werden. Den Dolch-stoß hatte vor allem Liebknecht geführt. Dann kam die Revolution in Berlin. Am zweiten Weihnachtsfeiertag besuchte mich mein Vorgänger Wels; der sagte mir: Deutschland ist verloren. Ich bin ein ge-brochener Mann, ich muß jetzt nach dem Süden. — Da hab' ich ihm glückliche Reise gewünscht. Dann kam ein Minister zu mir hier ins Gefängnis. Dem brachte mir der Staatsanwalt Weismann. In den Zeitungen hab' ich später gelesen, daß er Heine hieß.

Er sprach mir den Dank des Vaterlandes aus und sagte, daß ich nicht nur Deutsch-land, sondern Mitteleuropa vor dem Bol-schewismus gerettet hätte.

Meine Aufgabe konnte ich aber nur lösen, wenn ich die Leute und die Herren, die sich mir zur Verfügung gestellt hatten, auf das anständigste behandelte. Da mußte man ihnen gelegentlich, wenn sie mal Dumheiten

gemacht hatten (wie etwa die Ermordung Liebknechts, d. Red.) durch die Finger sehen und ein Auge zumachen. . . Als ich nun von dem ersten Prozeß des Herrn Jorns las, was man ihm alles anhängen wollte, da habe ich ihm geschrieben, daß ich ihm, der damals als Jurist treu bei uns ausgehalten hat, jetzt wieder helfe: wollte. Und so bin ich denn als Zeuge geladen worden. . . Das waren damals eben Zustände. . . Ich konnte ja nicht einmal von dem Reichskanzler die Unterschrift für meine Bestellung als Kom-mandant kriegen. Als ich sie haben wollte, da war der Mensch aus Berlin geflohen. (Auf eine zweifelnde Frage des Angeklagten: Wohin soll denn die Regierung geflohen gewesen sein?): Welche Regierung? Jab ja ja keine Regierung, jab ja bloß Volksbeauftragte. . . Da müssen Sie die Herren mal selber fragen, wohin sie geflohen waren: Noske war z. B. nach Dahlem geflohen. Hätt' ja bei mir bleiben können, da war er sicher. Er hat mir noch sagen lassen, wenn ich mich in Berlin nicht mehr halten könnte, dann sollte ich ihm folgen. Hab' ich aber nicht nötig gehabt. Die anderen waren auch weg, werden wohl in Schwane-werder gewesen sein. Sollen da ja Villen besessen haben. So habe ich wenigstens später in den Zeitungen gelesen. Ich war auch in Vertretung des Generalleutnant Hofmann Kommandeur der Gardekavallerieschützen-Division. Ich hab' meinen Kriegsgerichts-räten immer gesagt: man soll erst die Schwer-verbrecher aburteilen und die Offiziere (die

Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs, d. Red.) ungeschoren lassen. Ich habe die Verhaftung von diesen Offizieren, die sich vielleicht beim Ordnungsmachen etwas über-hoben hatten, stets für eine Schwäche gehalten.

(Auf eine Frage von Jorns nach einer Verfügung, die den Oberst Reinhard zur sorgfältigen Bewachung der Ge-fangenen anhielt, erwidert Reinhard): Ich hatte mehr zu tun, als solche Schrift-stücke zu lesen. . . Ich muß sagen, daß ich damals sehr dankbar und erfreut war, daß wir so brave und tüchtige Juristen bei der Truppe hatten. Herr Jorns war ein treuer Jurist, weil er bei der jungen Truppe ausgehalten hat. Das war ein Warner für die Jugend, für all die jungen Soldaten, die merkten, daß da noch alte preußische Disziplin war. Unter tausenden von Verfügungen habe ich den Namen Jorns gelesen. Ich hab' immer direkt gestaunt über diese außergewöhnliche Arbeitsleistung, diese umfangreiche schrift-liche Tätigkeit. Das war doch anerken-nenswert, was da geschrieben wurde. Und es war sehr wichtig, daß da noch ein Jurist bei der Truppe war; denn eine Truppe ohne Jurist ist eine Bande. . .

So weit die alte Aussage des Oberst Reinhard. Daß der Mann nicht längst schon bei der NSDAP war, ist eigentlich verwunderlich. Bei Hitlers ist er jeden-falls sehr am Platz.

## Das Leben der Kumpels Katastrophe über Katastrophe!

In grauenhafter Weise häufen sich die Unglücksfälle auf den Koh-len-gruben. Und nichts wird unter-nommen, um die Sicherheit in den Schächten zu steigern; nichts wird unternommen, um die Arbeitszeit für die Kumpels erheblich herabzusetzen; nichts wird unternommen, um die „Errungen-schaften“ zu beseitigen, die eine wahn-sinnig übersteigerte Rationalisierung für das Kohlenproletariat heraufbeschworen hat.

### Grubenunglück bei Essen . . .

Essen, 23. Januar.

Auf der Zeche Zollverein 3/10 in Essen-Katernberg ging gestern gegen 18 Uhr eine Strecke zu Bruch. Die an der Unglücksstelle sich gerade aufhaltenden Fahrsteiger Breve und Grubensteiger Pecher wurden von den herabstürzenden Gesteinsmassen erfaßt und sofort ge-tötet. Ein dritter Bergmann kam mit Verletzungen davon und wurde dem Krankenhaus zugeführt.

### . . . und bei Hamborn

Duisburg-Hamborn, 22. Januar.

Auf der Zeche „Westende“ der Bergbau-gruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke ereignete sich heute vormittag ein schwerer Grubenunfall. Als der Abteilungssteiger Gawlik und der Fahrsteiger Tilly auf der vierten Sohle eine Arbeitsstelle besichtigten, brach plötzlich der sogenannte Umstoß ein. Die Steiger wurden von hereinbrechenden Gesteins-massen getroffen. Gawlik wurde auf der Stelle getötet. Tilly kam mit einem Fußknöchelbruch davon. Der tödlich Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

### „Vorläufige Einstellung der Bergungsarbeiten“

Beuthen, 22. Januar.

Nachdem die Bergungsmannschaften auf der Karsten-Zentrum-Grube die mit eisernen

Ringen vermauerte Rettungsstrecke bis zu der Stelle vorgetrieben haben, wo die Bruchstellen zusammenstoßen, haben sich infolge der dau-ernden Bewegung des Gebirges unüberwind-liche Schwierigkeiten ergeben. Bereits gestern mußte die Rettungsmannschaft mehrmals zu-rück, und im Laufe des heutigen Tages wurden die Bergungsarbeiten vorerst eingestellt. Die Entscheidung der Bergbehörde darüber, ob die Arbeiten zur Bergung der drei noch vermißten Bergleute fortgesetzt werden sollen, wird morgen fallen.

## Bleiglatte auf dem Butterbrot Versuchter Giftmord

Schneidemühl, 23. Januar.

Ein hiesiger Monteur wurde dem Richter vorgeführt, weil er nach Angaben seiner Ehe-frau versucht hatte, ihr Gift beizubringen. Die Ehefrau hat darauf mit ihrem fünf Jahre alten Kinde ihre Wohnung verlassen und sich zu ihrer Mutter begeben. Ein auf Veranlas-sung der Mutter hinzugezogener Arzt ordnete, die Ueberführung in das städtische Kranken-haus an. Bei der Vernehmung gab die Ehe-frau an, daß ihr Ehemann seit einiger Zeit den ihr verabreichten Speisen und Getränken verschiedentlich bittere Tabletten bei-gemischt habe, wonach sich Uebelkeit und Erbrechen einstellten. In den letzten Tagen habe ihr der Ehemann ein Butterbrötchen verabreicht. Die Frau will eine rötliche Masse unter der Butter und einen dumpfigen Geschmack festgestellt haben, wes-halb sie das Brötchen nicht gegessen hat. Hierauf hat ihr der Ehemann das Brötchen abgenommen und erklärt, daß er es verzehrt habe. Die Frau fand jedoch später das Bröt-chen in dem Kochloch des Küchenherdes. Die Ermittlung ergab, daß der Ehemann auf das Brötchen Bleiglatte gestreut und dann Butter darüber gestrichen hatte.

Leser werbt für die SAZ



# Feuilleton der SAZ

## Der Stürmvogel der Revolution Beaumarchais, der Dichter der jungen Bourgeoisie



Beaumarchais ist am 24. Januar 1732 geboren — heute vor 200 Jahren.

„Es war ein toller Christ, und Prozesse waren sein Element, worin es ihm erst eigentlich wohl wurde. Reden und Schriftsätze dieser Prozesse gehören aber zum Merkwürdigsten, Talentvollsten und Verwegensten, was je in diese Art verhandelt worden“, so kennzeichnet Goethe kurz und treffend Wesen und Art des Pamphletisten, dem er den Stoff zu seinem „Clavigo“ zu danken hatte. Goethe hatte die Anregung aus den Memoiren empfangen, in denen Beaumarchais mit phantastischer Uebersetzung über seine Reise nach Madrid berichtete, wo er den Hofbeamten Clavigo, der seine Schwester verführt und verlassen hatte, zur Rechenschaft ziehen wollte. Diese Episode hatte er zu einem rührseligen Theaterstück verarbeitet. In Goethes „Clavigo“, den er in Augsburg gesehen hatte, sah er nur ein „Machwerk ausgesprochener Talentlosigkeit“.

Der Uhrmachersohn Pierre Augustin Caron, den die Welt unter dem angenommenen Namen de Beaumarchais kennt, hatte zahllose Prozesse und Skandalaffären, infolge seiner waghalsigen Spekulationen und Geschäftspraktiken, die an Hochstapelei grenzten. Und diesem Glücksritter, der aus den gefährlichsten Situationen einen Ausweg fand, gelangen in Atempausen zwei Meisterwerke der politischen Sittenkomödie! Der getriebene Spekulant zeigt sich als genialer Dichter und Seher. Sein „Barbier von Sevilla“ und „Figaros Hochzeit oder der tolle Tag“, die mit der schwachen, moralisierenden Fortsetzung, der „Schule der Mutter“, die Figaro-Trilogie bilden, bedeuten für die französische Bühne die Wiedererneuerung der Komödie Molières, die in der gärenden Zeit politische Satire wurde. Beide Komödien hatten das Glück, von Rossini und Mozart und Rossini vertont zu werden. Aber man würde den künstlerischen Eigenwert der beiden zu Opernbüchern bearbeiteten Lustspiele unterschätzen, wollte man die Weltberühmtheit ihres Verfassers ausschließlich der Musik zuschreiben. Auch der Musik entkleidet, behält „Figaros Hochzeit“ seinen Wert.

Ja, zwischen Mozarts Oper und Beaumarchais' Komödie, welcher der Textarbeiter nur das verlebte Tändelspiel entnahm, besteht so wenig eine Gemeinschaft, wie etwa zwischen Goethes und Gounods „Faust“. Der starke Erfolg des „Barbiers von Sevilla“, der 1775 auf der Bühne erschien, ließ ganz Paris mit Spannung der Fortsetzung entgegensehen, die sechs Jahre später unter dem Titel „Figaros Hochzeit oder Der Tolle Tag“ dem Théâtre Français eingereicht wurde. Ludwig XVI. hatte zwar nach der Vorlesung in klarer Erkenntnis der aufreizenden Tendenz zunächst eine öffentliche Aufführung verboten, aber dann dem Drängen Marie Antoinettes und der von Beaumarchais geschickt bearbeiteten öffentlichen Meinung nachgegeben. So ging das Stück am 27. April 1784 mit einem Erfolg ohnegleichen über die Bühne. 68 Aufführungen erlebte der „Tolle Tag“ im Théâtre Français, im folgenden Jahre wurde er sogar von der Hofgesellschaft mit der Königin in der Rolle der Gräfin gegeben. Keinem dieser instinklosen und für alle Zeichen der Zeit blinden Aristokraten kam zu Bewußtsein, daß hier einmal das Satirspiel der Tragödie voranging. Man ergötzte sich an dem verwegenen Witz des Dialogs und ahnte nicht, daß das Feuerwerk, das zum Gaudium der Zuschauer abgebrannt wurde, das Wetterleuchten war, in dem sich das heraufziehende Revolutionsgewitter ankündigte. Man sah in diesem vorlauten Kammerdiener Figaro nur einen frechen Burschen, den es ja in der Wirklichkeit nicht gab, und dem deshalb auch zugute hielt, wenn er sich seinem allergnädigsten Grafen gegenüber zu der Unverschämtheit verstieg: „Ihr habt Euch Mühe gegeben, geboren zu werden, weiter nichts!“ Solche Worte, in dieser Zeit und in diesem Zusammenhang gesprochen, rechtfertigen Napoleons Ausspruch, daß in „Figaros Hochzeit“ die Revolution schon marschierte.

Der unverfrorene Lakai Figaro, dieser Typus der Verschlagenheit und Gelegenheitsmacherei, der als Hans Dampf in allen Gassen herumwirbelt, Verschwörungen anzettelt und sich über Höflinge und Staatsmänner weidlich lustig macht, ist ja im Grunde kein anderer als der Doppelgänger seines Dichters. Frech und hinreißend, wie der geistfunkelnde Dialog seiner Komödien, ist auch der Ton, der aus Beaumarchais „Mémoires“ herausklingt, jenen Prozeßpamphleten, die den Hauptteil der literarischen Tätigkeit dieses „tollen Christen“, ausmachen, und in denen er als Anwalt der Nation für den entrechteten Bürgerstand in die Schranken tritt. Sie sind zwar Plädoyers pro domo, gehen aber zum Angriff über und steigern sich zu vernichtenden Anklagen gegen die Willkürherrschaft des Adels und die Verkommenheit der Rechtspflege. „Ich bin ein Bürger“, heißt es da, „also etwas Unbekanntes in Frankreich, also etwas, was Ihr seit 200 Jahren sein solltet und was Ihr vielleicht in 20 Jahren sein werdet“. Beaumarchais hatte die Zeit richtig eingeschätzt, nur im Tempo hatte er sich verrechnet: nicht 20, sondern bereits fünf Jahre später brach mit dem Bastillesturm das Unwetter los.

Aber am Ziel angelangt, war die Schwungkraft des „Stürmvogels der Revolution“ ge-

brochen. Spekulationen und ein unglückliches Verlagsunternehmen hatten Beaumarchais Vermögen aufgezehrt. Dazu kam, daß er unter der Anschuldigung, die Republik bei Flintenkäufen in Holland übervorteilt zu haben, verhaftet wurde. Freigelassen, brachte er sich nach England in Sicherheit. Von dort wandte er sich nach Deutschland, wo er jahrelang in äußerster Dürftigkeit lebte. Als ihm endlich die Rückkehr nach Frankreich gestattet wurde, versuchte er vergeblich, die Gunst Bonapartes zu gewinnen. In bitterster Armut und vollständig taub, starb Beaumarchais am 18. Mai 1799 in Paris.

Christian Rodegg.



### Die Yorck-Spieler

Ich habe den Yorck-Film der Ufa nicht gesehen. Es ist auch nicht nötig. Man weiß, wie so etwas gemacht wird, und warum es gemacht wird. In diesem besonderen Fall genügt es, ein paar Kritiken zu lesen. Hetzpropaganda im historischen Gewand gegen Frankreich, Marke Hugenberg, Agitation durch das bewegte Bild für die Hitler-Psychose. Also eine hochpolitische Angelegenheit. Ungleich wirkungsvoller, wie Kurt Reinhold im „Tagebuch“ richtig feststellt, als „sämtliche Erbauungsartikel Friedrich Hussongs im „Lokal-Anzeiger“ zusammen“. Warum? Nicht zuletzt deshalb, weil in diesem Film beste Schauspieler, wie Werner Krauss, Rudolf Forster, Friedrich Kayssler und Grete Mosheim, „sich in den Dienst der Sache“ stellen. Der Sache Hugenberg, Hitlers, der Völkerverhetzung, der moralischen Vorbereitung zu neuem Krieg, der finstersten Reaktion, Freiheitsberaubung, Unterdrückung, Vernichtung jeglicher Menschenwürde. Dienst an der Sache von Boxheim. Das nennt sich Künstler, Gestalter!

Warum? Weil die Ufa sicher ausgezeichnet bezahlt. Sie kann sich das Ding was kosten lassen, es wird rentabel sein. Betrachtung aus der Froschperspektive? Du lieber Gott, warum sollte man es den Künstlern übelnehmen, ihr Einkommen so günstig wie möglich zu gestalten? Das ist gar nicht das Problem. Aber daß ihre künstlerische Moral völlig getrennt ist von ihrer privaten, bürgerlich-menschlichen, das ist eins! Daß sie nur nach Einkommen „gestalten“, das ist eins! Daß sie Neutra sind in politischer Beziehung, daß sie keine „staatsbürgerliche“, besser gesagt gesellschaftliche Pflicht empfinden, daß es ihnen gleichgültig ist, für wen oder was sie Propaganda machen, heute für die soziale Revolution, morgen für die Barbarei des Hakenkreuzes, das ist nicht mehr nur ein privat-persönliches, das ist ein gesellschaftliches und zugleich ein künstlerisches Problem.

Um bei diesem anzufangen: der Schauspieler, der nur das Werkzeug des Regisseurs (im günstigsten, heute so seltenen Fall des produzierenden Künstlers, des Dramatikers) ist, der Schauspieler kann als Persönlichkeit nur leer sein, als Künstler nie vollkommen, er wird zum Darstellungsbeamten. Und das haben wir ja auch meistens. Er ist höchstens ein genialer Affe, verzichtet damit auf das höchste Glück der Erdenkinder, auf die Persönlichkeit. Er gibt die menschliche Substanz preis, übrig bleibt die (mehr oder weniger begabte) Ma-

riquette. Von diesem Schauspieler zu dem seiner würdigen Dichter und zur Krise des Theaters, das heute weiß Gott mit dem Volk, der Masse nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun hat — es ist immer nur ein Schritt, der logische Zusammenhang kann nicht verkannt werden.

Gewiß läßt sich das soziologisch begründen; die Frage ist aber, ob der Schauspieler klug daran tut, sich außerhalb der zukunfts-tragenden Gesellschaftsschicht zu stellen, sich in die Rolle des käuflichen Werkzeugs für jeden zahlungskräftigen Unternehmer, in die kaum minder erbärmliche des Hofnarren für eine müde, zum Untergang reife Bürgerschicht machen zu lassen. Er untergräbt damit seine eigene Existenzgrundlage, hilft selbst sie schmaler und schmaler zu machen, bis zuletzt auch die paar Fettsaugen auf der mageren Suppe, die Prominenten, von dem großen „Krummen“ abgeschöpft werden. Diese „neutrale“ Haltung ist also nicht nur moralisch feig (wer fragt heute noch danach!), sie ist auch dumm. Und es zeigt die ganze Erbärmlichkeit nicht nur dieser Zeit, sondern auch ihrer prominenten Schauspieler, daß sie es für ein selbstverständliches „künstlerisches“ Recht halten, sich von jeder Stellungnahme zu den brennendsten Fragen dieser Zeit zu drücken, sie, die ihr Künder, mehr noch die Künder der Zukunft sein müßten, wenn sie auch nur einen Deut ihrer Aufgabe verstünden. Intellektueller Verzicht, er ist gleichbedeutend mit moralischer Abdankung, ist die selbst vollzogene Verdammung zur Wirkungslosigkeit in Breite und Tiefe.

Was sie als Aufgabe fühlen, das ist nichts als der sehr eindeutige Trieb zur Selbsterhaltung als hochverdienter Prominente, als Autobesitzer, als Lieblinge „des“ Publikums, und welchen Publikums! Es gab Zeiten, wo Schauspieler Künder einer neuen Zeit waren, sich auch so fühlten, das Selbstbewußtsein gesellschaftlich wesentlicher Faktoren, das Glück der Persönlichkeit empfanden. In dem vielleicht gewaltigsten, sicherlich zum erstenmal weltumspannenden Kampf zweier Ideen, der dramatischsten Situation, die man sich denken kann, machen sich dramatische Akteure zu „neutralen“ Eunuchen, sind Spieler auf Brettern, die nichts bedeuten, als höchstens eine unmoralische Anstalt. Einst verachtete Komödianten — heute angesehene Bürger mit Scheckbuch und Bankkonto. Einst Künstler — heute Glücksspieler. Sie verdienen die Hochachtung, die sie genießen, sie verdienen nicht nur bei der Ufa, sie verdienen die Ufa. Und das ist der Humor von diesem Yorck-Film und diesen Yorck-Schauspielern.

Richard Kleineibet.

### Aus gefühlvoller Zeit

Die Post hat eine Prospektendung des Verlags Kiepenheuer über dessen Werk „Sittengeschichte Europas“ mit dem Bemerkungen zurückgehen lassen, daß die Prospekte wegen ihres teilweise unsittlichen Charakters von der offenen Versendung auszuschließen seien.

Es wäre empfehlenswert, wenn unsere Behörden mehr gegen die Verletzung der Körper als die der Gefühle „Andersdenkender“ einschreiten wollten. Diese Aufgabe wäre allerdings mühsamer, aber auch erspriechlicher.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

29. Fortsetzung

„Geschmeckt, das hat er gut gesagt! Keinem einzigen schmeckt es hier.“

„Man könnte es ganz gut bis zu den Direktionszimmern riechen, daß die Kartoffeln faul sind.“

„Du hast wohl Schnupfen, Oller, daß deine Nase nichts vom Gestank merkt.“

Der Direktor läßt sich nicht aus seiner Ruhe bringen. Väterlich spricht er weiter.

„Liebe Kinder, wenn ihr alle gleichzeitig auf mich einschreit, wie soll ich euch verstehen? Jeder einzelne kann mir seine Beschwerden sagen, und ich werde ihn anhören und für Abhilfe sorgen. Aber wenn ihr alle gleichzeitig schreit, verstehe ich nichts, ihr macht mich taub. Also bitte, es komme jeder einzeln zu mir.“

Einzeln, jeder einzeln! Die Masse ist plötzlich wie gelähmt. Man weiß, was es bedeutet, einzeln vorzutreten. Der Direktor weiß, was er will. Er kann auf diese Weise leicht die Unzufriedenen feststellen. Die Unzufriedenen, die es auch wagen, offen ihre Unzufriedenheit zu bekennen. Unter den „goldenen Regeln“ des Hotels, deren Kenntnis jedem Angestellten ans Herz gelegt wird, befindet sich auch folgende: „Das Hotel duldet unter dem Personal keine Unzufriedenen.“

Von verschiedenen Seiten ertönt der Ruf:

„Einer kann für alle reden, wir haben alle die gleichen Beschwerden.“

Nein. Der Direktor geht darauf nicht ein, jeder kann nur für sich reden. Allgemeine Klagen anzuhören sei er nicht in der Lage, — er wiederholt es noch einmal.

„Wem haben die Kartoffeln nicht geschmeckt? Der soll herkommen und sie mir zeigen.“

Es wird immer stiller im Raum.

Der Direktor hat durch Ziffern die genauen Verluste des Hotels durch Personalwechsel festgestellt. Das Personal braucht keine genauen Ziffern. Jeder weiß, was er verliert, wenn er Arbeit suchen muß. Die Verluste des Hotels werden mit Abertausenden multipliziert und sie ergeben sicher eine recht stattliche Summe. Die Verluste des Personals, der Einzelwesen, sind im Grunde lächerlich gering; sie verlieren nur einige Dollars. Aber diese wenigen Dollars bedeuten für sie das Leben, die nackte Existenz. Alle denken jetzt schaudernd an die Tage der Arbeitsuche, an die Stellenvermittlungsbüros. Und dann: das Anstehen frühmorgens vor den Fabrikkontoren, das Studium der „Kleinen Anzeigen“ in der „World“, die Hetze, die Angst vor dem Zuspätkommen, das Grauen vor dem Satz, der ihnen überall entgegengeschleudert wird: „Keine Arbeit mehr.“ „Alle Stellen schon besetzt“ ...!

Besonders die Älteren, die am schwersten neue Arbeit finden können, überlegen sich, wie alles werden könnte, wenn sie wieder auf der Straße säßen.

„Meine Liebe, dieses grüne Gemüse macht hier einen Radau“, sagt eine alte Scheuerfrau zu der anderen, „das überlegt sich nicht, wie es noch weiter kommen könnte. Geht da meine Schwester vorige Woche auf eine Anzeige hin in das neue „Luxusturm-Appartementhaus“. Es wurden Scheuerfrauen gesucht. Der Portier fragte, wie sie heiße. Nun, Smith, und nicht anders. Warum er das wissen will? Nun, weil heute nur Frauen hereingelassen werden, deren Name mit „F“ anfängt, sonst wäre die Auswahl und das Gedränge zu groß.“

„Ja, man muß es sich zweimal überlegen, bevor man sich feuern läßt.“

Zwei Jüngere sprechen.

„Es ist wahrhaftig noch besser als Dienstmädchen zu gehen, dann hat man wenigstens ein anständiges Essen und Zimmer und besseren Lohn.“

„Und du hast den ganzen Tag und den ganzen Abend keinen Augenblick deine Ruhe! Ich kann dir nur sagen, ich habe meinen „geordneten Namen“ gehaßt. Immer das Rufen, das Herumkommandieren. Jetzt habe ich wenigstens meine Ruhe. Und wenn die Uhr vier schlägt, dann hat mir keiner mehr was zu sagen.“

„Nun, wem haben die Kartoffeln nicht geschmeckt?“

Der Direktor scheint winzig inmitten der hin und her wogenden Menge, aber er repräsentiert die Macht und jeder kennt die Bedeutung seiner Worte.

„Wir wählen einen Vertrauensmann, der für uns alle spricht.“

Das ist Fritzens Stimme, die unbeachtet untergeht.

„Jeder komme einzeln, ich werde die Beschwerden prüfen.“

Der Direktor ändert nicht seine Taktik.

Es wirkt überraschend und befreiend, als endlich die alte Nanny hervortritt und sich zu dem Direktor Weg bahn.

In ihrer Hand mit den fast fingerdicken Adern, dieser Hand, die aussieht, als wäre sie aus hartem, braunem Holz geschnitten, hält sie eine glitschige, bläulich-schwarze Kartoffel, die Spuren ihrer Nägel aufweist. Diese Kartoffel streckt sie dem Direktor zu.

„Die Kartoffel ist faul, Herr, alle sind wie diese.“

Der Direktor nimmt die Kartoffel zwischen zwei Finger, — zwei Finger, die weiß und glatt sind, gekrönt von glänzenden, rosigen Nägeln, die heute früh eine halbe Stunde lang von noch weißeren Mädchenfingern behandelt wurden. Mit diesen Fingern also nimmt er die Kartoffel und entkleidet sie völlig ihrer Schale.

Und beginnt zu essen! Aller Augen sind auf ihn gerichtet. Er ist, als befände er sich auf einer Bühne, als führe er ein Schauspiel vor.

Beobachtete man nur sein Mienenspiel, so müßte man annehmen, er verzehre eine besondere Delikatesse. Seine Zunge prüft feinschmeckerisch jeden Bissen. Er begnügt sich keineswegs mit halber Arbeit. Die ganze Kartoffel verschwindet zwischen dem Zahnhege.

Die Leute beobachteten ihn, als wäre er ein Zauberkünstler, der ihnen ein besonders schwieriges Kunststück vorführte.

Sie machen allerlei Zwischenbemerkungen, feuern ihn an und erleichtern ihre Wut durch boshafte Zurufe.

„Alterchen, du hast einen prima Magen, das kommt von der guten Pflege, die du dir angeeignet läßt.“

„Gib acht, daß, wenn du deine Bücklinge machst, dir die Stinkkartoffel nicht hochkommt.“

(Fortsetzung folgt)



# LUISE ZIETZ DAS LEBEN EINER KÄMPFERIN

Am 27. Januar werden es zehn Jahre, daß in einer Reichstagsitzung der tödliche Schlag sie traf, der einem rastlosen Kämpferleben im Dienste des Proletariats ein Ende machte. Die jüngere Generation hat wenig persönliche Erinnerungen an sie, wir kennen ihr Leben nur aus Ueberlieferungen, aus ihren eigenen zahlreichen Schriften und Reden. Aber die Aelteren, die Jahrzehntelang Schulter an Schulter mit ihr gekämpft haben, die uns von ihr erzählen könnten — sie schweigen heute oder sie fälschen ihr Bild um, denn sie, die einst mit Luise Zietz gemeinsam den erbitterten Kampf geführt haben gegen die Bourgeoisie, gegen eine Sozialdemokratie, die mit ihr Koalitionen einging und die Revolution tötete, sie stehen heute im Lager jener, denen die Todfeindschaft der großen Vorkämpferin der Revolution galt.

Aus den allerärmsten, allgedrücktesten Schichten des Proletariats ist Luise Zietz hervorgegangen. Ihr Vater, ein kleiner Handwerker im Holsteinischen, gehörte zu jener proletarischen Schicht, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts durch die neu entstehende Textilindustrie ihrer Existenz beraubt wurde. Wie sie als Kind dieses Proletariatsdasein erlebte, das wollen wir sie selbst berichten lassen.

Diese Erlebnisse haben den Grundstein zu ihrer späteren Entwicklung gelegt. Die Lernbegierde, die ihr schon als Kind eigen war, hat sie nicht verlassen. In jungen Jahren verließ sie den Haushalt ihrer Hamburger Verwandten, der sie in harter Arbeitsfron an die Hausarbeit fesselte, und zog den Beruf der freien Arbeiterin vor, der ihr wenigstens die Abend- und Nachtstunden zur weiteren Ausbildung ließ. Unter unendlich-n Opfern gelang es ihr, ihre Ausbildung als Kindergärtnerin zu vollenden. In diesem Beruf kam sie immer näher mit den sozialen Problemen in Berührung und bald auch mit der sozialdemokratischen Partei, in die sie mit 27 Jahren eintrat. Mit unermüdlichem Eifer hat sie von dieser Zeit an bis in ihre Todesstunde der sozialistischen Arbeiterbewegung gedient. Bald wurde sie führende Funktionärin, Delegierte auf vielen Parteitagungen und beliebteste Rednerin und Agitatorin. In den ersten Jahrzehnten ihrer Tätigkeit galt ihre Arbeit vor allem dem unterdrücktesten Teil des Proletariats, den politisch und wirtschaftlich entrechteten Frauen. Der Erkämpfung des Frauenwahlrechts diente in erster Linie ihre unermüdliche Arbeit. Aber nie ist sie zu einer „Frauenrechtlerin“ geworden, nie hat sie vergessen, daß der Kampf um Frauenrechte nur ein Teil jenes größeren Kampfes um die Befreiung des gesamten Proletariats ist, nur in engster Verbindung mit der gesamten Arbeiterbewegung geführt werden kann.

Die sichere und klare Klasseninstinkt, das große Wissen in der sozialistischen Theorie, das sie sich in eifrigstem Selbststudium neben der agitatorischen und organisatorischen Arbeit aneignen mußte, haben sie immer von denen ferngehalten, die zu Kompromissen geneigt, sich der Grundidee des Sozialismus, dem internationalen Klassenkampf, entfremdeten. So ist sie eine der wenigen gewesen, die in den Schicksalstagen des August 1914 die Fahne des Sozialismus nicht ihren Länden entgleiten ließen, sie war vom ersten Tage bitterste Gegnerin und Bekämpferin des Krieges. In schwerer illegaler Arbeit hat sie während des ganzen Krieges unermüdlich gegen den Krieg gearbeitet. Sofort bei der Gründung schloß sie sich der USPD an. Hier war das gefährlichste Gebiet der Betätigung ihrem revolutionären Willen gerade recht. Sie nahm die Verbindung auf mit Heer und Flotte, unermüdlich bestrebt, den revolutionären Funken bei den Soldaten und Matrosen zum Entzünden zu bringen. In dieser Arbeit wuchs sie über sich selbst hinaus, hier wurde sie zur großen, unerschrockenen Revolutionärin. Dauernd in Gefahr, verhaftet zu werden, hat sie keinen Augenblick gezögert, zu ihren Taten zu stehen.

Niemals hat sie — wie andere — geäußert, daß die USPD in Verbindung mit den revolutionären Kieler Matrosen stand,

daß die Partei es zu ihren vornehmsten Aufgaben zählte, um der schnellen Beendigung des Massenmordens willen die revolutionäre Erhebung zu fördern, wo sie nur konnte. Und sie, die „schwache Frau“ war es, die vor allen die Folgen zu tragen hatte. Die drei Genossen, die mit ihr gemeinsam an der Spitze dieser Bewegung standen, Haase, Vogtherr und Dittmann, waren durch ihre Angeordnetentätigkeit vor dem Gefängnis geschützt; Luise Zietz aber wurde von den Gerichten ergriffen und gefangen gesetzt. Man glaubte, durch die Gefängnisqualen ihr ein Geständnis entlocken zu können, aber so wenig wie je ein Wort des Ableugnens über ihre Lippen kam, so wenig hat sie je ihre Kameraden und Genossen verraten.

Als später — Jahre nach ihrem Tode — der Reichstag einen Untersuchungsausschuß

über die Kieler Vorgänge einsetzte, spielte eine Karte eine Rolle, die sie an die Kieler Matrosen geschrieben hatte. Wenige schlichte Worte. Aber sie legen Zeugnis ab von ihrer Arbeit, von ihrem Willen. An den im September 1917 von der Militärbehörde wegen Meuterei erschossenen Matrosen Reichpietsch hatte sie geschrieben:

„Lieber Freund! Wir sind sehr erfreut. Unsere volle Unterstützung ist Euch sicher. Handelt vorsichtig. Mit besten Grüßen Luise.“

Das war Luise Zietz. Und Dittmann, derselbe, der heute durch eine Gedächtnisrede ihr Andenken zu schanden wagt, was sagte er über diese Vorgänge im Magdeburger Prozeß (nach dem Bericht des „Vorwärts“) aus?

„Die Sozialdemokratie und auch die USPD hatten immer offen erklärt, daß die Landesverteidigung Pflicht jedes Deutschen sei... Ich bin nie an der Flottenmeuterei beteiligt gewesen.“

Der Mut zum Bekennen, das heilige Feuer der Revolution — das war es, was Luise Zietz's Wesen ausgemacht hat. Noch einmal hatte sie Gelegenheit, ihre ganze Größe und Stärke für die revolutionäre Bewegung einzusetzen. In den Novembertagen und den Wochen und Monaten, die ihnen folgten, hat sie in der ersten Reihe der Kämpfenden gestanden. Und als die Revolution zusammenbrach, als die Nationalversammlung der vorwärtstreibenden Bewegung ein jähes Ende setzte, als dem Bürgertum und dem Militär freiwillig die Macht wieder zurückgegeben wurde — da war sie es, die noch einmal von der Tribüne der Nationalversammlung aus die ganze Jämmerlichkeit der Sozialdemokratie dem deutschen Proletariat vor Augen stellte, noch einmal die Arbeiterklasse zum Kampfe...

Als Mitglied der USPD ist sie gestorben. Und wenn sie auch für die deutsche Arbeiterklasse zu früh, viel zu früh gestorben ist — so mischt sich heute, rückschauend, in das Gefühl der Trauer über ihren Tod das Gefühl der

Genugtuung, daß ihr viel erspart blieb. Erspart blieb ihr, der kühnen, unerschrockenen Kämpferin eine bittere Pflicht, die sie wohl schwerer ertragen hätte, als alle Kämpfe ihres Lebens, die Pflicht, in einer Partei mit denen kämpfen zu müssen, die ihr schon zur Zeit ihres Lebens als jämmerliche Feiglinge erschienen waren, die sie in ihrer ganzen Erbärmlichkeit aber erst erkannt hätte, als sie ihr Werk, ihren Kampf für Revolution und Frieden so schmählich verleugneten. Das hätte ihr aufrechter Charakter, ihr nur für die Arbeiterklasse und deren Befreiung schlagendes Herz kaum ertragen.

Für uns aber bleibt das Bild, das wir in der Erinnerung tragen, groß und fleckenlos. Luise Zietz wird über ihren Tod hinaus ein leuchtendes Vorbild der sozialistischen Frau bleiben, dem nachzueifern unsere heiligste Aufgabe sein muß und zugleich der beste Dank, den wir der Toten abstatten können für ein Leben im Dienste der proletarischen Revolution. Dora Fabian.

## Eine Rede Luise Zietz' in der Nationalversammlung

Nachdem in der Novemberrevolution die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht erobert hatten, wurde mit verdächtiger Eile nach der Einberufung der Nationalversammlung gerufen, und als die Nationalversammlung dann ausgeschrieben wurde, geschah dies unter der Devise: für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

Schon die äußeren Verhältnisse, unter denen wir hier tagen, strafen diese Devise Lügen. Die Regierung, die sich stolz eine sozialistische nannte, flüchtete vor der Arbeiterschaft Berlins nach Weimar und berief auch die Nationalversammlung nach Weimar.

Aber Weimar ist seit der Einberufung der Nationalversammlung nicht mehr das stille beschauliche Städtchen von einst. Es gleicht einem Heerlager, in dem die weiße Garde Noskes herrscht.

Da oben auf den Galerien sind unter das Publikum Geheimpolitisten gemischt, Berliner Geheimpolitisten aus der berüchtigten politischen Abteilung. Ja, meine Herren und Damen, wenn Sie sich nicht als freie aufrechte Bürger fühlen, sondern als Untertanen, dann mögen Sie nichts Unwürdiges daran finden. Wer sich als freier aufrechter Bürger fühlt, wird das als unwürdig der Nationalversammlung empfinden. Das ist also die Freiheit, die wir hier genießen!

Aber weit schlimmer als um diese äußeren Verhältnisse ist es um den Geist bestellt, der unsere Debatten und unsere Beschlüsse beherrscht. Wenn nicht nur die Bürgerlichen — abgesehen von drei Aufrechten aus der Fraktion der Demokraten — sondern auch die Rechtssozialisten es ablehnen, Deutschland in der Verfassung als Republik anzusprechen, wenn sie die Souveränität des Volkes, auf die sie so stolz sind, sofort wieder einschränken durch die Aufrichtung eines Staatenhauses, wenn sie es ablehnen, sich zu der sofortigen Beseitigung der Geheimverträge zu bekennen und dies zu modifizieren, wenn sie es ablehnen, den Arbeiter- und Soldatenräten, den Trägern der Revolution, auch nur die Rechte

zuzuerkennen, die ihnen von der Regierung auf dem Rätekongreß feierlichst zugesprochen sind, dann zeigen diese Tatsachen nicht minder als das Regierungsprogramm, daß

sozialistisches Geistes auch nicht ein Hauch

zu spüren ist.

Die politische Stellungnahme der bürgerlichen Parteien ist immerhin begrifflich, weil sie ja das Interesse ihrer Klasse, des Kapitalismus, vertreten. Bei den Rechtssozialisten wird diese Stellungnahme zur

Sünde wider den Heiligen Geist des Sozialismus; zu einer verderblichen Politik gegen die Arbeiter.

Indem die Rechtssozialisten mit den Demokraten und dem Zentrum eine Koalitionsregierung bilden, werden sie zum Bollwerk gegen die Verwirklichung des Sozialismus. Sie werden von Kompromiß zu Kompromiß gedrängt, immer tiefer auf die schiefe Ebene.

Die Führer der Rechtssozialisten in der Regierung sind ja eifrig um Werke, den Militarismus wieder aufzurichten. Die Oberste Heeresleitung ist wieder eingesetzt. Ihr sind kriegerische Aufgaben im Osten zugewiesen. Die Orden und Ehrenzeichen sind wieder eingeführt, und das Eisernes Kreuz, dieses Blutzzeichen!

Der Wehrminister Noske hat die Arbeiter entwaffnet und die Bourgeoisie bewaffnet.

Die Wiederaufrichtung des Militarismus, der für unsere auswärtige Politik im höchsten Maße verderblich ist, ist es ebenfalls für unsere innere Politik. Die blutige Januarwoche in Berlin kommt auf dieses Konto, desgleichen der Feldzug gegen Bremen, gegen den Westen, gegen Gotha und noch vieles andere mehr. Viele kostbare Menschenleben sind zu beklagen, eine ungeheure Erbitterung ist in der Arbeiterschaft erzeugt.

Dann die Behandlung der Gefangenen! Nicht wie Menschen, sondern wie Raubtiere hat man die Gefangenen behandelt. Daß Sie (zu den Sozialdemokraten) das noch verteidigen in der ersten Nationalversamm-

lung nach der Revolution, kennzeichnet Sie vor der ganzen Welt.

Schämt Euch! Ihr wollt Mitglieder der Nationalversammlung sein! Schämten Sie sich vor der ganzen Welt!

Dann habe ich Ihnen weiter mitzuteilen, daß in Gotha eine Noske-Garde ihren Einzug gehalten hat. In Gotha sind keine sogenannten Spartakistenputzsch gewesen. In Gotha ist die Ordnung gekommen, die Arbeiter zu entwaffnen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat — ich nehme an, blutenden Herzens — diesem Befehl Folge geleistet. Die Waffen sind eingesammelt worden und sind unter Aufsicht der Polizei im Schloß in Gotha. In der vorletzten Nacht aber ist in Gotha ein Trupp von 1200 bis 1500 Soldaten einmarschiert und hat gegenüber einer großen Waggon- und Lokomotivfabrik Stellung genommen. Nachdem das Heer einmarschiert war, sind thörgen die Arbeiter zur Arbeit gekommen und waren aufs höchste empört, daß die Fabrik besetzt, daß Maschinengewehre in den Eingängen aufgestellt waren.

Die Soldaten haben die Waffe auf die wehrlosen Arbeiter gerichtet

und haben zwei Arbeiter angeschossen und schwer verletzt. Noske hat erklärt, er glaube, es seien wohl nicht alle Waffen abgeliefert, und wenn Sie meinen, daß sie nicht alle abgeliefert waren, braucht man da 12—1500 Soldaten hinzuschicken? Braucht man auf die Arbeiter schießen zu lassen, die in die Fabrik gegangen waren, um ihrer Arbeit nachzugehen?

Sie bemühen sich vergeblich, die Auswirkungen der Revolution zu verhindern oder in die Bahnen einer heuchlerischen Gesellschaft zu lenken.

Die Geschichte wird ihren eigenen und endgültigen Maßstab an das Tun und Lassen der bisherigen Regierung legen. Was immer die Regierung noch an Material zur Gestaltung des Urteils der Geschichte liefern mag, eine Seite des Urteils steht heute schon fest. Schon heute ist der jetzigen Regierung aufgebrennt das Kainszeichen des Brudermordes!

## Aus meinem Leben Von Luise Zietz

Sechs hungrige Mäuler satt zu machen, ist wohl alle Zeit armen Leuten schwer gefallen.

Der Hunger ist in solchen Familien meist ständiger Gast.

So war es auch in meinem Elternhause, in dem durch Weben und Wollspinnen so viel verdient werden mußte, um die Eltern und vier Kinder durchzubringen.

Und das geschah mehr schlecht als recht.

Der Vater, arg stolz auf sein Zunftmeistertum, führte einen hoffnungslosen und deshalb schmerzlichen Kampf gegen die moderne Textilindustrie. In nächster Nähe meines Heimatortes Bargtheide waren in der Stadt Neumünster in Holstein große mechanische Spinnereien und Webereien entstanden. Die modernen Maschinen, durch Dampf getrieben, schufen eine Fülle von Garn und Stoffen, die sich weit billiger stellten, als der Vater sie durch seinen Handbetrieb liefern konnte. Und wenn er auch einstweilen noch Arbeitsaufträge genug von der Landbevölkerung der ganzen Umgebung erhielt, die durch die eigene Schafzucht und den Flachsbaue die Rohmaterialien zu liefern imstande waren, so konnte er dank der Konkurrenz doch nur

geringe Preise für seine Arbeit fordern. Um nur das Nötigste zu verdienen, mußten deshalb die Mütter und wir Kinder mitschaffen. Wir mußten Rohwolle zerpfücken und ölen, sie durch den „Wolf“ drehen, der sie weiter zerkleinerte, dann kam sie auf die Kratzmaschine, die sie zweimal passieren mußte. Ein paar Hunde, die sich abwechselten, trieben diese Maschine mittels eines großen Tretrades, und wenn uns einer der großen Hunde weggestorben war, mußten auch wir mitunter in das Rad hinein...

Das Spulen war für uns Kinder eine schreckliche Marter. Da hockten wir Stunde um Stunde auf dem niedrigen Stühlchen hinter dem Spulrad bei der entsetzlich eintönigen und ermüdenden Arbeit, immer nur spulen, spulen, spulen. Der Rücken schmerzte, der rechte Arm, der das Rad drehen mußte, drohte zu erlahmen, die Finger der linken Hand wurden von den scharf gesponnenen Fäden, die zur gleichmäßigen Verteilung auf die Spule geleitet werden mußten, blutig gerissen.

Und bei der Kälte in den schrecklich harten Wintertagen verklammten Hände und Füße, denn die große Werkstatt sollte von

einem kleinen Kanonenofen erwärmt werden, für den es oft genug noch an Holz und Kohlen mangelte.

Lichte dagegen an den warmen Sommertagen die Sonne durch die Scheiben, und drang der fröhliche Lärm und das Jauchzen der singenden Nachbarskinder in die Werkstatt, dann wurde die nie endende Arbeit für uns vollends zur Qual.

Wie gerne hätten auch wir uns an dem fröhlichen Treiben draußen beteiligt. Aber im Schrank war kein Brot, und der Hunger tat so weh.

Kinder, spaltet euch! das war der mahrende Ruf des Vaters, der immer aufs Neue zur Arbeit antrieb.

Ich, als die Älteste unter den Geschwistern daheim, hatte noch eine andere recht schwere Aufgabe zu erfüllen. Kam ich aus dem Nachmittagsunterricht um 4 Uhr nach Hause, mußte ich oft fertige Waren abliefern. Da wurde ein tüchtiges Bündel auf die Schulter geladen, vorn ein Pack und hinten eines, so ging es in die stundenweit entfernten Nachbardörfer, um die gesponnene Wolle oder die gewebten Stoffe den Auftrags-





Luise Zietz

gebern zu bringen und das Geld einzukassieren.

Für mein Alter war ich sehr zart und klein, da zögerten die vorsichtigen Bauernfrauen oft, mir die geforderte Summe einzuhändigen. „Die Mutter kann das Geld mitnehmen, wenn sie nächstens vorkommt“, das war ein Wort, das ich fürchtete und haßte. Denn zu Hause wurde sehnsüchtig auf das Geld gewartet, das ich heimbringen sollte; brachte ich nichts heim, mußten alle hungrig ins Bett. Und außerdem war meine Eigenliebe aufs empfindlichste verletzt, weil man mir zutraute, ich könne Geld verlieren.

Meinem kindlichen Aerger gab ich auf die verschiedenste Weise Ausdruck: Entweder erklärte ich: „Ich bin schon neun Jahre alt, Sie können mir das Geld gern mitgeben, oder aber ich würde noch deutlicher in meinem Unmut und äußerte: „Wenn ich Ihnen die Wolle hertragen kann, dann kann ich auch das Geld dafür nach Hause tragen“.

Mitunter halfen auch diese Proteste nichts, ich mußte mit leeren Händen heimgehen, das Herz voll Aerger und Kummer und Tränen des Zornes im Auge, aber nie brachte ich es über mich, zu sagen: Wir haben kein Brot zu Hause.

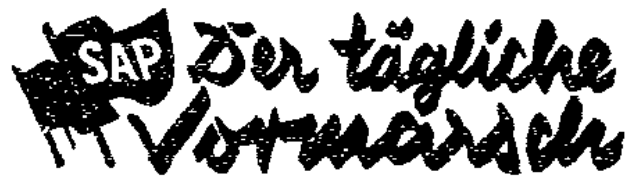
Brachte ich dagegen Geld heim, dann war der Weg zurück doppelt leicht, singend wurden Richtwege über Koppeln und Feldwege eingeschlagen, die Ermüdung fühlte ich nicht.

Das beglückende Bewußtsein, daheim allgemeine Freude auszulösen, und die Aussicht auf ein hinreichendes Abendbrot belebten meine Kräfte; mehr aber noch die Aussicht auf eine besondere Belohnung, die darin bestand, daß ich nach einem solchen „Geschäftsgang“ nicht mehr zu spulen brauchte, sondern lesen durfte. Die Bücher entlich ich aus einer ansehnlichen Schülerbibliothek, die unser Lehrer für unsere armselige Dorfschule mit vieler Mühe geschaffen hatte. Allwöchentlich am Sonnabend konnten die Bücher getauscht werden. Wenn irgend möglich, tauschten wir sie aber außerdem noch unter uns.

Ich las leidenschaftlich gern, vielleicht um so lieber, weil ich sehr wenig Zeit dazu übrig hatte. In mein Buch vertieft, vergaß ich alles um mich her. Da lebte ich in einer andern Welt, die das Buch mir erschloß. Unablässig beschäftigte sich meine Phantasie mit dem Gelesenen und oft habe ich mir vorgenommen, den Helden der Erzählungen, die mir besonders gefielen, nachzueifern. Kinderträume!

## Eine Bibliothek der Frauenbewegung

Paris wird demnächst eine „Bibliothek der Frauenbewegung“ erhalten, die mit keiner anderen Bücherei der Welt zu vergleichen sein wird. Sie soll in dem neuen Stadthaus des 1. Arrondissements, mitten im lateinischen Viertel, untergebracht werden. Den größten Teil der Bücher und Dokumente hat die Frauenrechtlerin Marguerite Durand der Stadt zum Geschenk gemacht.



## Ueberfüllte SAP-Versammlungen

In Nürnberg war eine öffentliche Versammlung der SAP, in der Seydewitz sprach, von über 2500 Personen besucht. Hunderte, die keinen Platz mehr fanden, mußten umkehren.

In dem kleinen Dorf Groß-Mochbern (Schlesien) waren über 400 Personen in unserer öffentlichen Versammlung anwesend.

## Mitgliederzahl wächst ständig

In Köslin ist der Mitgliederstand seit der Gründung von 16 auf 106 angewachsen.

In Oberhondorf bei Zwickau hat sich die Mitgliederzahl seit der Gründung verdoppelt.

In Malsen St. Niklas wurden in einer Versammlung, in der Genosse Zwelling sprach, 20 neue Mitglieder aufgenommen, darunter 6 bisherige Kommunisten.

# SAP im Preußen-Landtag

## Scharfe Kritik an der Notverordnungs politik

Berlin, 22. Januar.

Der Landtag setzte heute die Debatte über die preußischen Notverordnungen fort. Die Vertreter der Regierungsparteien versuchten die Notverordnungs politik zu verteidigen, während die Rechte und die Linke sie scharf angriff.

### Genossin Frankenthal

(SAP) führte aus, daß die Vertreter des Parlamentarismus im Reiche die Notverordnungs politik damit begründen, daß der Reichstag nicht arbeitsfähig sei, daß man aber im übrigen die Notverordnungs politik hasse wie die Sünde. Es könne keine bessere Gelegenheit geben, diesen grundsätzlichen Standpunkt zu erhalten, als in Preußen.

In Preußen liegt die Regierung in den Händen der Parteien, die sich zum Parlamentarismus bekennen.

Und sie stützen sich auf eine sichere Mehrheit im Landtag. Bei dieser Sachlage drängt sich die Frage auf, mit welchem Recht und aus welcher Notwendigkeit wir auch in Preußen mit der verhaßten Notverordnung beginnen. Die Tolerierungspolitik im Reiche hat nicht ihr Ziel erreicht, weder im Kampf gegen den Faschismus noch in der Erhaltung des Parlamentarismus.

Wenn eine parlamentarische Regierung mit einem arbeitsfähigen Parlament zur Notverordnung greift, leistet sie der Bewegung einen Dienst, die die Schwatzbude durch den Leutnant mit zehn Mann durch einanderwerfen will. Die preußischen Notverordnungen sind viel diktatorischer als die des Reiches.

Sie sind nicht erlassen auf Grund des Artikels 48, nach dem sie im Reichstag vorgelegt werden müssen, auch nicht nach der preußischen Verfassung, nach dem sie im Landtag

vorgelegt werden müssen. Keine Verfassung sieht die Möglichkeit vor, daß eine Regierung sich ganz der parlamentarischen Verantwortung entzieht. Diese Möglichkeit ist nun geschaffen durch eine Ermächtigung des Reichspräsidenten, die Landesrechte außer Kraft setzen.

Die Führer des preußischen Landesrechts haben diese Ermächtigung nicht weit von sich gewiesen, sondern mit beiden Händen danach gegriffen.

Sie haben dies Recht weitergegeben an die Kommunen, die von sich aus mit Ausschaltungen der Stadtverordneten Notverordnungen erlassen dürfen.

Merkwürdige Auswüchse hat diese Ermächtigung besonders in Berlin gestiftet, wo ganz unsoziale Regelungen getroffen worden sind. Die Berliner Regelung bedeutet eine Abwälzung der Lasten, die die Öffentlichkeit zu tragen hat, auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung. Die Regierung spart durch Abbau der Sozialversicherung und Fürsorge Gehälter und Löhne. Sie verschafft sich Einnahmen durch Massensteuern und Zölle, bei Steuererleichterung für den Besitz, bei Ablehnung der Millionärsteuer und der ausreichenden Kürzung der Großpensionäre. Damit entfällt die Möglichkeit, für eine Deckung der Ausgaben zu sorgen, und es bleibt die Pflicht, die Rechte der Arbeiterschaft anzumelden und für sie zu kämpfen.

Die Debatte wurde geschlossen. Einen Einfluß auf die Notverordnung hat die ganze Debatte nicht, da der Landtag kein Recht hat, im Wege der Gesetzgebung die Notverordnungen zu ändern oder aufzuheben. Man begnügt sich damit, sich im Ausschuß darüber zu unterhalten, welche „Ersuchen“ an die Regierung gestellt werden sollen.

## Was ist mit Ferdinand?

### Auch das Zentrum für Revision der Fürstenabfindung

Berlin, 23. Januar

Im preußischen Landtag sind, wie wir gemeldet haben, kommunistische und staatsparteiliche Anträge auf Nichtig-Erklärung, beziehungsweise auf Revision des im Winter 1926 abgeschlossenen Ausgleichs mit dem vormaligen regierenden Hause abgelehnt worden, weil im Rechtsausschuß des Reichstags entsprechende Anträge zur Behandlung standen.

Am Freitag hat sich nun der Rechtsausschuß des Reichstags mit dieser Frage beschäftigt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Seger (der dem Rechtsausschuß als Nachfolger unseres Genossen Rosenfeld angehört) befürwortete einen von der Staatspartei vorgelegten Antrag, der die Revision der Fürstenabfindung fordert, weil sie unter ganz anderen finanziellen Voraussetzungen zustande gekommen sei, als sie heute bestünde.

Gegen ihn wandte sich der deutschnationale Abgeordnete und Fürstenanwalt Dr. Everling, der mit pathetischen Worten davor warnte „gerade in dieser Notzeit die Fackel dieser Hetze in unser Volk zu schlendern“.

Der Sprecher des Zentrums, Senatspräsident Dr. Schetter-Köln, gab seiner Ansicht Ausdruck, daß die Frage dringlich genug sei, um jetzt erörtert zu werden. Man könne sie nicht mit einer Handbewegung beiseite

schieben. Er sei in öffentlichen Versammlungen wiederholt gefragt worden, wie es mit dieser Sache im Reichstag stünde. Man könne aber eine Entscheidung nur treffen, wenn die Regierung das umfangreiche Material über den gegenwärtigen Stand der Abfindungsangelegenheiten in den Ländern bebringe.

Danach wurde ein volksparteilicher Verschleppungsantrag angenommen, der die Reichsregierung ersucht, das betreffende Material zu beschaffen.

Seit April des Jahres 1931 harren übrigens je eine Anfrage der sozialdemokratischen und der kommunistischen Reichstagsfraktion an die Regierung ihrer Antwort. Beide Anfragen fordern die Regierung auf, sich wegen der vom Reichstag nicht genehmigten Rentenzahlung von jährlich 120 000 Mark an den entthronten Zaren der Bulgaren, Ferdinand von Coburg-Kohary zu verantworten. Bezeichnenderweise ist weder von sozialdemokratischer noch von kommunistischer Seite die Tagung des Rechtsausschusses zur Wiederaufwertung der Angelegenheit ausgenutzt worden.

Wir halten es für zwingende Notwendigkeit, daß der Rechtsausschuß des Reichstags sich recht bald auch mit dieser immer noch offenen Frage beschäftigen möge.

## Neue Liebesgaben für Agrarier

### Neue Notverordnung — Agrarkredit vor dem Zusammenbruch? — „Erntefinanzierung“

Berlin, 23. Januar.

Die vielfachen Liebesgaben an die Agrarier, die mit etwa fünf Milliarden in noch nicht zwei Jahren an Aufwendungen unter den verschiedensten Namen wie Osthilfe, Umschuldungsaktion, Vollstreckungsschutz, Lebensmittel- und Getreide-Schutzzölle zusammenzufassen wären, reichen immer noch nicht aus, um die durch und durch bankerottgewirtschaftete Gesellschaftsschicht, die sich unter dem anspruchsvollen Namen „Deutsche Landwirtschaft“ als Erfüllerin einer nationalen Mission anpreist, vor dem offenen Zusammenbruch zu bewahren.

Jetzt ist wieder eine neue Osthilfe-Finanzierung fällig. Sie wird auf dem bequemsten Wege der Notverordnung erfolgen, und die Vorarbeiten hierzu sind von dem neuen Ost-Kommissar, Reichsminister ohne Portefeuille Hans Schlange auf Schöningen, bereits abgeschlossen. Darüber berichten die folgenden Nachrichten, die sämtlich von der Telegraphen-Union verbreitet werden.

Berlin, 22. Januar.

Der Reichspräsident empfing am Freitag den Reichsminister Schlange-Schöningen zum Vortrag über die Osthilfe.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, dürfte das Reichskabinett und damit vor allem der Finanzminister und damit vor allem der Finanzminister den Grundlinien der notwendigen gewordenen neuen Osthilfefinanzierung

zugestimmt haben. Bei der jetzt vorgesehenen Neuregelung unter der Verantwortung der Rentenbank-Kreditanstalt kann die Umschuldung in verhältnismäßig kurzer Zeit und in vollem Umfang durchgeführt werden, also mit schätzungsweise 800 Millionen Mark. Die besondere Dringlichkeit dieser neuen Regelung wird in unterrichteten Kreisen damit begründet, daß sonst eine Gefährdung des gesamten deutschen Agrarkreditwesens zu befürchten wäre.

Der Reichskanzler hat sich in seiner Sitzung am Freitag neben laufenden Angelegenheiten abschließend mit der Erntesicherung beschäftigt. Die entsprechende Notverordnung dürfte am Sonnabend vormittag dem Reichspräsidenten vorgelegt und dann veröffentlicht werden. Es handelt sich dabei um die ordnungsmäßige und rechtzeitige Zuleitung von Düngemitteln und Saatgut an die Landwirtschaft zur Frühjahrsbestellung durch eine Reichsbürgschaft und eine Vorberechtigung für die seit dem 1. Januar 1932 für diesen Zweck gegebenen oder noch zu gebenden Kredite.

Lausejungen. Der Senat der Universität Halle hat am Freitagabend den Theologiestudenten Mehnert, der vor einigen Tagen Feuerwerkskörper vor dem Hörsaal Professor Dehns zur Entzündung gebracht hatte, von der Universität verwiesen. Der Fall Dehn selbst ist in der Senatssitzung nicht behandelt worden.

## Bürgerliche Frauen mißtrauen dem Preiskommissar

### Die Sozialdemokratie unterstützt ihn

Die Zentrale der bürgerlichen Hausfrauenvereine Groß-Berlin veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

„Die Zentrale der Hausfrauen Groß-Berlin ist auf das lebhafteste beunruhigt durch die Erklärung des Zweckverbandes der Bäckermeister Groß-Berlin, wonach die Erhöhung des Brotpreises um zwei Pfennig als unabwendbar und nur noch als eine Frage von Tagen bezeichnet wird.“

Die Werbung zu gesteigertem Verzehr von Roggen, zu der die Hausfrauen von seiten der Regierung nachdrücklichst aufgefordert wurden, beruht auf der Voraussetzung erheblicher, den Konsum übersteigender Mengen von Roggen. Die Regierung hat auch wiederum vor wenigen Tagen entsprechende Benachrichtigungen veröffentlicht, daß für das Erntejahr völlig ausreichende Brotgetreidemengen für die menschliche Ernährung zur Verfügung stehen.

Neben der großen materiellen Bedeutung der Brotpreissteigerung ist das psychologische Moment nicht außer acht zu lassen. Das Vertrauen, an das der Herr Reichskanzler immer erneut appelliert, wird durch derartige Schwankungen in der Preisgestaltung lebenswichtiger Nahrungsmittel schwer gefährdet.“

Mit diesem berechtigten Mißtrauen stehen bürgerliche Frauen dem Preiskommissar und der Regierung gegenüber. Und die Berliner Sozialdemokratische Frauenorganisation? Der Abend-Vorwärts am Sonnabend sagt es:

Sie „unterstützt die Arbeit des Preiskommissars!“

Berliner Arbeiterfrauen, zögert nicht länger! Kommt zur SAP. Sie kämpft für Eure Rechte!

## Der Favag-Prozeß

### Walter Loeb als „ehrlicher Makler“

Frankfurt a. M., 22. Januar.

Die Vernehmung des ehemaligen thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb im Favag-Prozeß verlief sehr lebhaft. Loeb hat sich nach seinen Ausführungen der Allianz

als ehrlicher Makler angeboten, gegen eine entsprechende Vergütung im Interesse einer Angliederung der Favag an die Allianz zu arbeiten.

Er erklärte, er habe bei einer Unterredung mit Becker diesen von verschiedenen Mißständen ganz ausführlich unterrichtet. Becker sei ihm für die Ausführungen außerordentlich dankbar gewesen.

Nach einer Pause erschien auch der Angeklagte Dr. Kirschbaum; Kirschbaum wurde von verschiedenen Seiten heftig angegriffen. So führte Loeb aus, daß Becker Dr. Kirschbaum in seiner Gegenwart unterhört beschimpft habe. Dr. Kirschbaum bezeichnete es als grotesk, daß ausgerechnet Loeb sich als der Schutzheilige für Eide hier aufspiele. Als Kirschbaum einmal in das Arbeitszimmer Beckers gekommen sei, habe dieser ihn fortgeschickt mit dem Bemerkung:

Der Loeb ist draußen, dem muß ich erst einmal 5000 R.M. in die Rippen werfen, damit er sein Maul hält.

Diesen Ausführungen stimmte auch der Angeklagte Schumacher bei.

Becker gibt allein und ausschließlich der Allianz die Schuld am Zusammenbruch. Er bekundete, daß man ihm Bestechungsgelder in Form einer Abfindung von 5 Millionen geboten habe. Seine Behauptungen stehen zum großen Teil in scharfem Widerspruch zu den eidlichen Zeugenaussagen.

## Mietstreit-Entscheidungen

Ueber Streitigkeiten, die wegen des Umfanges der durch die Notverordnung angeordneten Mietermäßigung entstehen, entscheidet nach der preußischen Verordnung über die Mietsenkung bei Wohnungen in Altbauten das Mieteinigungsamt. Das gilt gleicherweise für diejenigen Mietverhältnisse, bei denen die gesetzliche Mietsenkung entrichtet ist, wie für diejenigen, bei denen die Mietsenkung auf freier Vereinbarung der Vertragsparteien beruht. Die Entscheidung des Mieteinigungsamts ist endgültig und bindet die Gerichte und Verwaltungsbehörden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister für Volkswohlfahrt die Anordnung getroffen, daß Anträge an das Mieteinigungsamt zur endgültigen Feststellung der Miethöhe spätestens am 25. Januar 1932 gestellt werden müssen.

## Redlin verhaftet

Bielefeld, 23. Januar.

Der Gerichtsassessor Johannes Redlin, der als Schatzmeister des Deutschen Sängerbundes 900 000 Mark unterschlagen hatte, und sich seit seiner Verurteilung zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verborgen hielt, ist in der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf, die zu den Bodelschwingschen Anstalten an der Senne gehört, festgenommen worden. Redlin hielt sich seit dem 4. Januar in Wilhelmsdorf auf. Er wird nach Berlin zurückgebracht werden.

Verantwortlich für die Redaktion: Will Schaber.



## Frankfurt a. M.

**Lohnstreit im Lichtspielgewerbe.** Der Landesverband der Lichtspieltheaterbesitzer verlangte — entsprechend der Notverordnung — Anpassung der Löhne und Gehälter an das Lohnniveau von 1927. Der Gesamtverband akzeptierte diese Forderung, lehnte jedoch eine Herabsetzung der Löhne der Vorführer und Portiers ab, weil diese im Jahre 1927 besser bezahlt wurden als heute. Die Kinobesitzer riefen daraufhin den Schlichter an. Der Schlichter verlängerte den jetzt gültigen Lohnvertrag bis zum 30. April 1932. Die Löhne der Vorführer und Portiers werden nicht angetastet. Die Kinobesitzer haben sich nun beschwerdeführend an die Reichsregierung gewandt.

**„Kameradschaft.“** Der Film ist von dem Regisseur Pabst gedreht. Bergarbeiterschicksal wird hier gestaltet. Französische Bergleute gehen verschüttet. Ihre deutschen Kameraden überwinden jegliches nationales Ressentiment und kommen ihnen zu Hilfe. Proletarische Solidarität. Doch keine Solidarität des Klassenkampfes — eine Solidarität unmittelbar menschlicher Hilfsbereitschaft. Dennoch eine soziale Reportage großen Stils. Das sind wirkliche Kumpels, die Pabst zeigt. Schlagende Wetter verschütten den Stollen. Verschüttete Kumpels kämpfen verzweifelt um ihr Leben. Ein Teil kriecht wie das Vieh. Die anderen werden von der Bergungsmannschaft gerettet. Die Aufnahmen sind vorzüglich. Man vergißt, daß man im Kino sitzt. Man verzweifelt mit den Verzweifelten. Man bangt mit den Müttern und Frauen, die den Schacht umlagern. Als Sozialist bedauert man, daß es dem Regisseur verwehrt ist, die soziale Seite des Bergarbeiterschicksals zu zeigen. — Der Film läuft in der „Kurbel“.

## Offenbach a. M.

In der letzten Stadtratssitzung wurde über einen Antrag der KPD verhandelt, der sich mit Mißständen in der Personalbehandlung auf einem städtischen Gut, das dem hiesigen Versorgungshaus unterstellt ist, befaßt. Stadtrat Berger (KPD) begründete den Antrag und teilte mit, daß er auf diese Mißstände aufmerksam gemacht bei einer Besichtigung an Ort und Stelle folgendes festgestellt habe, daß das Vieh in vorbildlicher Weise untergebracht ist. Für die Unterkunft der dort beschäftigten Zöglinge, die als Knechte beschäftigt werden, müsse er leider das Gegenteil behaupten. Vier Personen schlafen in einem engen Raum auf Strohpriechen aus Kisten mit Kolterdecken. Zum Essen werden nur Löffel, keine Messer und Gabeln gestellt. Der Speiseraum wimmelt von Unrat und muß als menschenunwürdig im höchsten Grade bezeichnet werden. Die Behandlung durch den Verwalter sei trotz verschiedener Proteste und Beschwerden bei der Versorgungshaus-Direktion wie im Kasernenhof: „Zigeuner-, Räuber-, Kommunistenlümme!“ Auch wagt er es, handgreiflich vorzugehen. Es wurde beschlossen, die Stadtverwaltung solle die Sache aufklären und mit allen Mitteln einschreiten, wenn die Schuldfrage nachgewiesen sei.

**Stadtratssitzung.** Die Tagesordnung der letzten Stadtratssitzung enthielt eine Reihe von Punkten, die für die minderbemittelte Bevölkerung, besonders auch wegen der Haltung der verschiedenen Parteien, von ausschlaggebender Bedeutung waren. So wurde wieder einmal die in Offenbach vorhandene proletarische Mehrheit von der SPD an das Zentrum verschachert. Sie wählte mit dem Zentrum gemeinsam einen Zentrums- und einen SPD-Vertreter in den Aufsichtsrat der Kleinhaltungsbau-Gesellschaft. Eine recht interessante Aussprache entwickelt sich bei der Behandlung eines Antrags der KPD und SPD auf Senkung der Tarife der Straßenbahn und der städtischen Versorgungsbetriebe. Keil (KPD) polemisiert gegen die Notverordnungspolitik der Brüningregierung. Galm (KPD) macht der SPD-Fraktion den Vorwurf, daß sie sich jetzt der Anträge bemächtigt, die die KPD schon früher gestellt habe, um damit Agitationspolitik zu treiben. Remy (SPD) verteidigt die Stellung seiner Partei und reitet denn wie immer sein bekanntes Steckenpferd, indem er mit dem Rechenstift auf die städtischen Wohlfahrtslasten verweist. Eine Methode, die er immer nur anwendet, wenn es sich um Entlastung der unteren Schichten

## Frankfurter „Klassenkampf“-Leser

kaufen die neueste Nummer

MONATSSCHRIFT



sowie alle Parteiliteratur.

SAZ und SWZ

Frankfurt a. M., Rudolfstr. 22

## Schafft die Klassenfront

Zu diesem aktuellen Thema sprach am 19. Januar in einer überfüllten Versammlung im „Herkules-Saalbau“ Genosse Seydewitz zur Nürnberger Arbeiterschaft.

Die SPD lehnte es ab, einen Redner zu stellen, trotz brieflicher Einladung unserer Ortsleitung. In einem Artikel, über dessen Niveau jeder Prolet sich schämen müßte, forderte diese Partei ihre Mitglieder auf, der Veranstaltung fernzubleiben. Man schien sich aber nicht ganz sicher zu sein, ob die Mehrzahl der Mitglieder diese Aufforderung zur Sabotage auch befolgen würden. Man setzte deshalb eine Anzahl SPD-Versammlungen an. So glaubte die SPD-Ortsleitung ihre Anhänger genügend gesichert zu haben! Die Wirkung dieser Sabotageaufforderung hatten sich die Leuten aus der Ziegelgasse offenbar anders vorgestellt. Längst vor Beginn der Veranstaltung war der Saal überfüllt. 2500 Personen fanden Einlaß. Viele hundert Arbeiter mußten wieder umkehren. Mit einem überaus freundlichen Artikel suchte die „Fränkische Tagespost“ am nächsten Tag diese Tatsache zu verdecken. Der Aerger läßt sich begreifen.

Nach einleitenden Worten des Genossen Nietsche erhielt Genosse Seydewitz das Wort. In lebendigen Ausführungen betonte er, daß die Verschiedenheit der politischen Anschauungen in den proletarischen Parteien kein Schaden zu sein braucht. Die Art und Weise, wie sie in die Praxis umgesetzt werden, gereicht allerdings der Arbeiterschaft zum Unglück. Angesichts der faschistischen Gefahr kämpfen die proletarischen Organisationen gegeneinander. Die SPD steht lieber mit bürgerlichen Elementen in einer Reihe, statt sich mit den übrigen sozialistischen Parteien zu einer Front zu vereinigen.

Ihre Tolerierungspolitik ergibt sich aus der falschen Grundeinstellung zu den heutigen Ereignissen. Sie glaubt, die jetzige Krise sei eine der üblichen kapitalistischen Wirtschaftskrisen.

Diese Auffassung ist grundfalsch. Die Auswirkungen dieser Krise werden zu Dauererscheinungen. Sie verschwinden erst mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Im heutigen System kann die Krise

handelt. Der Antrag wird mit einem Dringlichkeitsantrag der KPD auf Senkung der Bürgersteuer der untersten Klasse, von 300 auf 150 % gegen die Stimmen der KPD, dem Betriebs- und Finanzausschuß überwiesen. Ein Antrag der Stadtverwaltung auf Förderung der sogenannten Randsiedlung (4. Notverordnung) wird dem Bau- und Finanzausschuß überwiesen. Hierbei verweist Galm besonders auf die Gefahren dieses Problems, indem er Brüning'sche Absichten charakterisiert. Weitere Bedenken äußern Remy (SPD) und Berger (KPD). Der Wohlfahrtsrat wird um 694 647 M. erhöht und ein Antrag der KPD auf Abstellung der Mißstände bei der Abfertigung am städtischen Wohlfahrtsamt dem sozialen Ausschuß überwiesen. In der Debatte verweist sich Bröll (KPD) schärfstens gegen die Ausgabe der bereits in der SAZ erwähnten verbilligten Kartoffelbezugscheine von drei Pfennig auf 10 Pfund. Galm (KPD) und Genossin Rudolph (SAP) unterstützen den Redner und wenden sich besonders gegen eine Zwischenbemerkung des Oberbürgermeisters Granzin, der den Erwerbslosen einen Vorwurf macht, die sich ihre Milch noch ins Haus bringen lassen, anstatt sie abzuholen, um den Bringerlohn von 3 Pfg. pro Liter zu sparen. Beide Redner bemerkten mit Recht, daß es auch Menschen gibt, die ihre Milch nicht abholen und sich auch keine bringen lassen, weil sie bei diesen glänzenden Zeiten mit ihrem Einkommen von 8,50 M. (Rechtsatz des Wohlfahrts-Amtes) ihren Kaffee schwarz trinken müssen. Ebenfalls dem sozialen Ausschuß wird ein anderer Antrag der KPD überwiesen: Schaffung von Erleichterungen für die Einlösung von Versatzstücken bei Erwerbslosen am städtischen Leihhaus. Auch soll die Mindestgrenze für den Gasverbrauch bei Minderbemittelten herabgesetzt werden. Mit einer über die Notverordnung hinausgehenden Senkung der Neubaumieten in städtischen Wohnblocks (Antrag KPD), soll sich die Bau- und Finanzdeputation beschäftigen. Hierbei stellt Galm einen Widerspruch der KPD fest, die vorher die Ueberweisung an einen Ausschuß als Begräbnis erster Klasse bezeichnete und es jetzt selbst beantragte. Dann kommt der Antrag der KPD auf Auszahlung der bewilligten Winterbeihilfe an die Erwerbslosen. In der Debatte wendet sich Keil (KPD) scharf gegen die SPD-Fraktion, von der verschiedene Stadträte, darunter Remy, für diesen Antrag ihre Unterschrift verweigert hätten, obwohl er vor Weihnachten mit ihrer Zustimmung zur Annahme gelangte. Er stellt dieses verätherische Verhalten an den Franzer und macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, daß sie auch hier dem Antrag nur zugestimmt hätten in der Ueberzeugung, daß er von dem Genossen Kommissar (Oberbürgermeister) nicht durchgeführt würde. Galm (KPD) verweist auf das Verhalten der KPD und SPD im Ausschuß des hessischen Landtags, wo beide

„nur durch eine Klasse auf Kosten der anderen überwunden werden. Deshalb wälzen die Kapitalisten alle Lasten auf die proletarischen Schichten ab. Trotz seiner inneren Widersprüche bricht der Kapitalismus nicht von selbst zusammen. Durch neue Methoden sucht er sich am Leben zu halten. Die Arbeiterschaft hat gerade jetzt die Pflicht, die Voraussetzungen zu seinem Untergang zu schaffen. Ob diese Depression der Wirtschaft die letzte ist, wissen wir nicht. Das hängt ganz von der konsequenten Führung des Klassenkampfes und dessen Ergebnis ab. In diesen Kampf muß die Arbeiterklasse geschlossen eintreten. Die Genossen der Arbeiterparteien müssen sich zusammensetzen und ohne Haß die besten Kampf- und Abwehrmethoden gegen den Faschismus finden. Das Klasseninteresse steht über der Partei. (Stürmischer Beifall.)

Die Diskussion wurde eingeleitet durch den Genossen Boulanger (KPD). Ihm waren ½ Stunden Redezeit zugesichert. In der ersten Hälfte seiner Rede ging er nicht im geringsten auf das Thema ein. Dann betonte er, eine Einheitsfront, die nicht unter der Führung seiner Partei stehe, komme überhaupt nicht in Frage.

Der Genosse der KPD wurde durch langanhaltenden Lärm am Reden gehindert und trat schließlich ab. Mit derselben Methode versuchten die Kommunisten, das Schlußwort des Genossen Seydewitz zu verhindern.

Die Polizei drohte die Versammlung aufzulösen, was Seydewitz dadurch verhinderte, daß er dem Beamten erklärte, die SAP sei selbst imtande, ihre Versammlungen zu Ende zu führen.

Dann rechnete er mit den Kommunisten ab. Das Theater beweist, wie weit wir noch von der proletarischen Klassenfront entfernt sind. Die KPD hat kein Recht, sich die proletarische Vorhut zu nennen, so lange sie mit dieser Mitteln die Bildung der Einheit sabotiert. Unsere junge Bewegung wird durch ihren Druck die Flügelparteien zur Umstellung zwingen. Verhindert es Apparat und Führerschaft, dann gehen die Arbeiter selbst an die Verwirklichung der proletarischen Klassenfront.

durch Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den Naziantrag der Regierung eine bequeme Ausrede geliefert hätten für die Nichtauszahlung der Winterbeihilfe.

## Heidelberg

**Gründung des Sozialistischen Studentenverbandes.** Nach der Spaltung der Heidelberger Ortsgruppe der Sozialistischen Studentenschaft durch die apparatstreuen SPD-Studenten, und nachdem die Verhandlungen mit der Roten Studentengruppe um Bildung einer gemeinsamen Organisation aller revolutionär-sozialistischen Studenten an den Bedingungen der Reichsleitung der RSG, deren Annahme tatsächlich eine Unterwerfung unter die Parolen der KPD bedeutet hätte, gescheitert waren, blieb den Heidelbergern: SAP-Studenten nichts anderes übrig, als eine selbständige Ortsgruppe des Sozialistischen Studentenverbandes zu gründen. In der ersten Veranstaltung der neugegründeten Gruppe sprach der ehemalige kommunistische Landtagsabgeordnete Genosse Ritter vom Leninbund über das Thema: „Leninistische Kritik an der KPD“. Interessant, wie sich SST und RSG zu unserer Einladung verhielten. Die SST erschien überhaupt nicht, die RSG verbreitete unter ihren nicht ganz sicheren Mitgliedern die Nachricht, die Veranstaltung finde überhaupt nicht statt. Nur die ganz sicheren Kostüftra-Leute erschienen, um unter der Kontrolle der mitgebrachten KPD-Funktionäre die „Linie“ zu verteidigen. Die Ausführungen des Genossen Ritter wären allerdings geeignet gewesen, das durch keine praktische Erfahrung innerhalb der Arbeiterorganisationen bereicherte, starre Theoretisieren mancher auch so furchtbar „kommunistischen“ Studenten etwas aufzulockern. Genosse Ritter zeigte an den konkreten Beispielen der chinesischen Revolution und des englischen Bergarbeiterstreiks, wie die III. Internationale im Interesse des sowjetrussischen Aufbaus an jeder Revolutionierung der kapitalistischen Staaten uninteressiert sei. Es sei unmöglich, den Sozialismus in einem Lande allein aufzubauen. Deutschland und England seien heute die schwächsten Glieder der kapitalistischen Kette. Die Diskussionsredner der Kommunisten konnten den Ausführungen des Genossen Ritter aus Mangel an Gegenargumenten nur die schon satzsaam bekannten KPD-Parolen entgegenstellen. Wir dürfen diese Veranstaltung als einen Erfolg für uns buchen. Der Heidelberger SSTV ist heute schon stärker als die SST. — Zum Schlusse seien noch einige „technische“ Schwierigkeiten bei Durchführung unserer Versammlung erwähnt. Sie sollte im Gewerkschaftshaus stattfinden. Dies war natürlich wieder ein „Wurm im Herzen“ des „Führers der Heidelberger Arbeiterschaft“, des Gewerkschaftssekretärs Rausch. In letzter Stunde wurde uns der Saal verweigert. Als wir

dann auf ein Privatzimmer im Gewerkschaftshaus zogen, mußten wir im Betreiben dieses „Genossen“ Rausch mit unseren etwa 60 Leuten in ein anderes Lokal umziehen. Ueberhaupt „rauscht“ es im Heidelberger Gewerkschaftshaus gewaltig, doch davon ein andermal.

## Ludwigshafen a. Rh.

Unsere Fabrikstadt ist ein Uhrgehäuse, in dem das Werk mit seinen Federn fehlt. Der größte Fabrikfriedhof ist unsere einst so stolze und existenzgebende Anilin. Jeden Tag werden neue Bataillone der Brüning-Armee eingereht. Zahlen: im Bezirk 29 000 männliche und 4600 weibliche Arbeitslose; im letzten Jahr sank der Durchschnittslohn eines Anilinarbeiters von 57 RM auf 32 RM pro Woche. Das Los der Ausgesperrten ist hoffnungslos. Der Dividendenkapitalismus kennt nur sich. Angesichts solcher Zustände wagt noch die SPD ihre Tolerierungspolitik stupide fortzusetzen. Ist das nicht Verhöhnung der Arbeiter? Ihr fragt: was denkt dazu die Arbeiterschaft, diese Mehrheit der Bevölkerung? Ist kein Kampfgeist mehr da? Wie findet sie sich ab mit all diesen Dingen, mit den Demütigungen und Entbehrungen, die ihr täglich, stündlich zugefügt werden? Wie steht sie zur Bourgeoisie, zur Bürokratie und zum Parteiapparat der SPD? Gewiß, an Mut, Tapferkeit und Opfersinn der Arbeiterschaft nicht mehr glauben, hieße an der Zukunft verzweifeln. Jedoch: so verloren, schwankend, ratlos und los stand die Arbeiterschaft noch nie da. Zu allem fehlt auch noch der organisatorische Mittelpunkt, der Arbeitsplatz, der trotz aller Unternehmerrschikanen immer wieder auftrüffelnd und anfeuernd auf die Unsicheren wirkte; jetzt ist alles zerstreut, den Einwirkungen des Zufalls ausgeliefert, alles zerläuft sich in Gruppen, Zirkeln. Das ist das Werk der SPD.

Ihnen gegenüber, diesen Helden der Futterkrippe, wissen wir es mit Humor zu tragen, wenn die „Pfälzische Post“ unsere Bewegung als ein „paar Abgesplitterte“ bezeichnet, die ihr untreu wurden. Diese Ueberheblichkeit stört uns nicht; denn unsere SPD-Presse setzt grundsätzlich den Flecken neben das Loch. Als die Nazis aufkamen, war ihre Taktik die gleiche: erst totschweigen, dann Bestechungsgelder zahlen für Nachrichten und SOS-Rufe. Der Scherenredakteur aus der gleichen Stube schnoddert auch etwas von „Wichtigtuern“ — genau wie früher bei den Nazis. Gelegentlich unserer Seydewitz-Versammlung wollte die Pfälzische Post etwas über den Fortgang unserer Bewegung sagen. Darin hat sie recht: wir können nicht wie die SPD einen Saal mit bezahlten Funktionären füllen, die antreten müssen. Wir leben nicht von der Politik. Uns ist die Sache der Ueberzeugung und nicht der Versorgung. Es fehlt uns eben jene „staatsmännische Linie“ in der Partei, die über vertratene Proletarier direkt ins Lager der Klassengegner führt. Wir locken auch keinen mit dem Versprechen, ihm eine Stelle zu besorgen, wie das hiesige SPD-Funktionäre tun. Aber wir brauchen auch nicht die arbeitslosen Genossen aus der Partei zu ekeln, wenn sie ihre Parteibeiträge nicht zahlen können. Worauf es bei der SPD letzten Endes ankommt, hat dieser Tage ein Funktionär vertrat: „Was, du bist auch bei der SAP? Na, auf dich verzichten wir gerne, du hast ja doch nur schwarze Marken geklebt. Von euch haben wir in der Gartenstadt noch 25, die kann die SAP auch holen!“ — Warum klüfft der kleine Bonzo? Weil ein Arbeitsloser den Irrtum beging, die SPD als eine Arbeiterpartei zu betrachten statt als ein Geld-eintreibungsinstitut.

Uebrigens scheint bei der Akkumulationszentrale des Ungeistes in der Maxstraße öfters die Zuleitung unterbrochen zu sein, sonst hätte doch der in der ganzen Pfalz bemerkte Kaiserslauterer Kurzschuß bei euerm geliebten und getreuen Ludwig Wagner bemerkt werden müssen. Der Herr Leiter der städt. Volkshochschule mußte mit dem Gelde, das der Stadt gehörte, leider eine Kriegerwitwe unterstützen und ging so seines Amtes verlustig — ruhmloses Ende einer anlehungsbedürftigen Stütze des SPD Nepotismus. Das ist die Richtung, aus der man die religiösen Sozialisten am lautesten vorbeten hört, daher stammt auch der Satz: „Ach was, in Kaiserslautern gibts keine SAP, die Unzuverlässigen kommen in den Vorstand, dann sind sie erledigt.“ Die jesuitische Verschlagenheit scheint durch die Kirchengänge der SPD-„Staatsmänner“ schon ordentlich ins Blut geschossen zu sein. Zuletzt sei noch gesagt, daß es der gleiche Zirkel ist, aus dem Herr Redakteur Hofmann von der „Freien Presse“ gegen uns stänkert — großsprecherischer Mächtger, ewiger linkerechter Kandidat der SPD auf alle möglichen Posten. Gut, bestreiten sie für ihr Gehalt weiter unsere Zukunft, wir besitzen bereits so viele Vergangenheit, die ihre bestens zu kennen.

W  
E  
R  
B  
T

für die  
„SAZ“



# Sportschau der SAZ

## Berliner Arbeiter treiben Rasensport Handballer sind am rührigsten

Wie allsonntäglich ist auch heute auf den Handballplätzen der größte Betrieb. Ist's ja doch eine junge Bewegung, und der Zug aus der Turnhalle zu den Sportplätzen ist eben nach wie vor stark. Nur die interessantesten Treffen können daher näher beleuchtet werden. Da wird zunächst auf dem Platz in der Schönhauser Allee (einsame Pappel) um 12.30 Uhr der Kreismeister Volkssport-Wedding gegen die FTGB-Nordost tüchtig zu kämpfen haben, wenn er seinen Titel wirksam unterbauen will. — Auf dem Platz in der Laskerstraße sind die FTGB-Osten und Volkssport Wedding 3 um 15.30 Uhr scharfe Konkurrenten. Die bisherigen Leistungen sprechen aber für einen verdienten Ostensieg. Ebenfalls um 15.30 Uhr stellen sich in Veltens die Freie Turnerschaft und Eiche-Köpenick dem Schiedsrichter. Veltens spielt auf eigenem Platz und das will berücksichtigt sein. — In der Abteilung B wird ja nun hoffentlich die bereits zum viertenmal angesetzte Paarung zwischen Volkssport Wedding 2 und FTGB-Süden zur Abwicklung kommen. Der Kampf ist für 10 Uhr in den Rehbergen angesetzt (Spielwiese). Süden als ungeschlagener Spitzenreiter müßte auf Grund der bekannten Spielstärke auch aus diesem Spiel als Sieger hervorgehen. Sollte nun eine Niederlage eintreffen, so würde deshalb die führende Position noch lange nicht gefährdet sein. Auf dem Sportplatz in der Rubensstraße erwartet der ASV Schöneberg um 15.30 Uhr die FTGB-Oberspreese zum Rückspiel. Es wird ein ausgezeichneter Kampf vorstatten gehen, denn Schöneberg will die Niederlage vom ersten Spiel unbedingt wieder wettmachen. Ob es gelingt? Der Volkssport Neukölln muß nach Mahlsdorf fahren und auf dem Platz an der Hönower Chaussee gegen Eintracht antreten. Auch hier erwarten wir ein hervorragendes Spiel, zumal beide sehr junge und rührige Mannschaften sind und Mahlsdorf außerdem etwas gutmachen will. Beginn um 10 Uhr.

**Bezirksklasse Osten:** Eiche-Köpenick 2—Friesen-Flurwalden um 11 Uhr auf dem Eiche-Platz, Wendenschloßstraße. FT Kalkberge—VFL Ostring um 11 Uhr in Kalkberge. — **Frauen:** FTGB-Adlershof—FT Wildau um 15 Uhr Platz 2 Sadowa. FTGB-Baum-schulenberg—Athletik-Sport-Club um 14 Uhr im Plänterwald. — **Ruderer und Kanu-fahrer:** Freie Kanu-Union—FTGB-Kanu um 9.15 Uhr Platz Oberschöneweide. Freie Kanu-Union 2 gegen FTGB-Kanu 2 um 10.30 Uhr Platz Oberschöneweide. Kanu-verein Undine—FSV Schweifsterne um 10 Uhr Platz Wuhlheide. RV Vorwärts—Freie Falt-boottfahrer um 11 Uhr Platz Normannen-straße. RV Vorwärts 2—RV Collegia um 10 Uhr Platz Normannenstraße.

**Bezirksklasse Norden:** MTV Bernau gegen FTGB Rosenthal um 14 Uhr in Bernau. FSV Reinickendorf—FTGB Nordring 2 um 14 Uhr Platz Scharnweberstraße. Volkssport Wedding 4—FT Schwante um 11 Uhr Platz Rehberge. ATV Altruppin—FTGB Norden III um 14 Uhr in Altruppin. ASV Rot-weiß—Sportverein Moabit um 9 Uhr Platz Schönhauser Allee. — **Frauen:** Volkssport Wedding 2 gegen ASV Wedding um 10.10 Uhr Platz Reinberge.

**Bezirksklasse Westen:** FT Nauen—Frei-heit-Rathenow um 14 Uhr in Nauen. FT Bornstedt—FTSV Nowawes 2 um 14 Uhr auf dem Bornstedter Feld. Turnerschaft Brandenburg I gegen FTGB Spandau um 15 Uhr in Branden-burg. — **Gesellschaftsspiele:** FT Potsdam—ASV Wersee um 15.10 Uhr Luft-schiffhafen. Fr. Schw. Charlottenburg gegen ASV Rotweiß um 10.30 Uhr Platz Jungfern-heide. Fr. Schw. Charlottenburg 2—FT Wil-mersdorf 3 um 9 Uhr Platz Jungfernheide.

**Bezirksklasse Süden:** MTV Spereberg gegen ASV Schöneberg 2 um 15 Uhr. ATV Ruhlsdorf—FT Wilmersdorf um 14 Uhr in Ruhlsdorf. FTGB-Friedenau—FTGB-Süden 3 um 10 Uhr Platz Offenbachstraße. ATV Schenkendorf—FSV Pichte um 15 Uhr in Schenkendorf. Zda—FSV Teltow um 12 Uhr Neuköllner Stadion, Platz 6. — **Frauen:** Luckenwalde A—Luckenwalde 1. Abt. um 10 Uhr. Luckenwalde B—C um 10.50 Uhr. ASV Schöneberg—FTGB-Süden um 10 Uhr Platz Rubensstraße.

## Die Hockeyspieler stehen mitten in der Serie

Nachdem Tennis Rot den Sportverein Moabit mit 3:1 das Nachsehen gegeben hat, findet das Rückspiel zweifellos das meiste Interesse. Es wird um 14.30 Uhr auf dem Platz Ost, Laskerstraße, ausgetragen. Einen Placierungskampf werden sich, ebenfalls um 14.30 Uhr, in Mariendorf FTGB-Tempelhof 1 und Athletik-Sportklub 1 zu liefern haben, wobei man keiner der Mannschaften bessere Chancen einräumen kann.

## Neues Naturfreundehaus in Garmisch-Partenkirchen

Zu den schönsten deutschen Landschaftsgebieten gehört unbestritten das Wettersteingebirge mit seiner gewaltigen Bergwelt. Jeder Wanderer trägt den Wunsch in sich, dieses vielgerühmte Gebiet auch einmal zu schauen, und viele Wanderer aus den werktätigen Kreisen wählen deshalb Garmisch-Partenkirchen als Urlaubsziel und als Ausgangspunkt für Bergwanderungen in das Wettersteingebiet. Außerdem ist Garmisch als bester Wintersportplatz und als Winterkurort bekannt.

Es war seit langem als Mangel empfunden worden, daß die Naturfreunde an diesem wichtigen Ausgangspunkt noch kein eigenes Haus besäßen. Dem ist nun abgeholfen worden durch die Schaffung des Naturfreunde-Erholungsheimes „Edelweiß“ in Garmisch.

Das neue Haus ist bestens eingerichtet, ist mit elektrischem Licht, Zentralheizung und sonstigen Bequemlichkeiten versehen, ganzjährig bewirtschaftet und bildet während der jetzigen Zeit der Ausübung des Wintersportes eine billige und angenehme Unterkunft.

Anfragen und Auskünfte sind zu richten an: Naturfreunde-Erholungsheim „Edelweiß“, Garmisch-Partenkirchen, Martinswinkelstr. 17.

## Achtung, Spielleiter (4. Kreis, 6. Bezirk)

Jetzt verwaltet das Amt des Berichterstatter-Odmanns der Genosse Fritz Hirsch, Wilkau, Cainsdorfer Str. 27.

Der Arbeiter-Sportverein Rot-Weiß 1 wird auf dem Platz an der Schönhauser Allee die Freie Sportvereinigung Pankow 1 empfangen und einem neuen Sieg wieder entgegengehen. Beginn 14.30 Uhr. Der neu erstandene Arbeiter-Sportverein Wedding 1 wird auf dem Platz in der Behmstraße den Arbeiter-Sportverein Rot-Weiß 2 empfangen und wird die junge Mannschaft einer harten Prüfung unterzogen. Beginn 14 Uhr. Der ASV Schöneberg 07 wird auf dem Platz in der Rubensstraße gegen die Freie Sportvereinigung Pankow 2 spielen und hat gute Aussichten für einen weiteren Sieg. Beginn 10 Uhr.

In der Frauengruppe treffen sich ASV Rot-Weiß und VfL Ostring um 13.30 Uhr in der Schönhauser Allee, Tennis-Rot 1 und 2 um 9 Uhr in der Laskerstraße.

Weitere Spiele: Tennis-Rot 2 gegen Freien Hockey-Club Spandau 2 um 13 Uhr, Platz Ost; Männer-Turnverein Bernau 1 und Freie Turnerschaft Groß-Berlin-Osten 1 spielen um 14.30 Uhr in Bernau; Tennis-Rot 3 und Arbeiter-Sportverein Rot-Weiß 3 um 11.30 Uhr und Tennis-Rot 4 gegen Verein für Leibesübungen Ostring 3 um 10 Uhr, beide auf Platz Ost, Laskerstraße. Pflichtspiele: Freie Turnerschaft Groß-Berlin-Tempelhof 2 gegen Sportverein Moabit 2 um 13 Uhr im Volkspark Mariendorf. Die Jugend des ASV Rot-Weiß spielt um 12.30 Uhr gegen den Athletik-Sportklub 2 in der Schönhauser Allee.

## Vom Niederrhein

Am Sonntag gibt es für die Handballfreunde in Duisburg-Hamborn eine ganz besondere Ueberraschung. Die beiden alten Rivalen Freie Turnerschaft Hamborn-Schmidthorst und Freie Turnerschaft und Sportvereinigung Groß-Duisburg werden wieder einmal ihre Kräfte messen.

Heiße Kämpfe hat es immer zwischen diesen beiden Mannschaften gegeben. Meistens behielt Schmidthorst, wenn auch manchmal recht knapp, die Oberhand. Die Aussichten auf den Sieg sind verteilt. Das Spiel wird auf dem Platz an der Reinholdstraße in Duisburg-Meiderich ausgetragen. Anwurf 14.15 Uhr. Vor- und nachher sind Spiele der unteren und Turnerinnermannschaften.

## Organisationsnachrichten

### SAP

**Bezirksverband Berlin:** Versammlung der im Gesamtverband organisierten Genossen der SAP. Freitag, 23. 1. 194 Uhr, im Lokal Behrend, Gipsstraße 3. Verbandsbücher mitbringen.

**Bezirksverband Berlin:** Zeitungsobleute. Nächste Sitzung: Dienstag, 25. 1. 194 Uhr, im Lokal Schulz, Elisabethstr. 30. Eingeladen sind auch die Literaturvertriebsobleute.

**Bezirksverband Berlin:** Bildungsobleute. Zusammenkunft Montag, 25. 1. 194 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

## BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

## „SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

monatlich . . . 2,40 RM. inkl. Bestellgeb  
wöchentlich . . 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf.  
Zustellungsgebühr

Dieser Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs Verlagsgesellschaft m.b.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

**Bezirksverband Berlin: Sportfunktionäre.** Mittwoch, 3. 2. 194 Uhr, Zusammenkunft im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34.

**Ortsgruppe Mitte:** Mitgliederversammlung, Mittwoch, 27. 1., im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Neuwahlen.

**Ortsgruppe Mitte:** Montag, 25. 1. 194 Uhr, Funktionärssitzung im Lokal Lehmann, Bartelstr. 7.

**Ortsgruppe Friedrichshain:** Funktionärerversammlung Mittwoch, 27. 1. 20 Uhr, im Lokal Krugmann, Memeler Straße 63. Erscheinen aller Abteilungsleiter und Abteilungsleiter unbedingt notwendig.

**Ortsgruppe Charlottenburg:** Funktionärerversammlung Montag, 25. 1. 20 Uhr, beim Gen. Bartz.

**Ortsgruppe Tiergarten:** Funktionärerversammlung Mittwoch, 27. 1. 18 Uhr, im Parkrestaurant, Turmstr. 18, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Thema: Der Bezirksparteitag. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Ortsgruppe Tiergarten, Abtl. West:** Mitgliederversammlung Mittwoch, 27. 1. 20 Uhr, im Lokal Flottwell, Ecke Steglitzer Straße. Gen. Pflage spricht über die politische Lage und unsere Stellung dazu.

**Ortsgruppe Kreuzberg:** Mitgliederversammlung Mittwoch, 27. 1. 194 Uhr, im Lokal Lok. Schönlundstr. 6. Thema: Bericht vom Bezirksparteitag, Jahresbericht, Wahlen. Mitgliedsbücher mitbringen.

**Ortsgruppe Pankow:** Mitgliederversammlung Mittwoch, 27. 1. 20 Uhr, bei Lehmann, Mühlen-Ecke Maximilianstraße. Thema: Die Aufgaben der SAP in den Gewerkschaften und im Betrieb. Außerdem wichtige Tagesordnung.

**Ortsgruppe Schöneberg:** Mitgliederversammlung Mittwoch, 27. 1., bei Geil, Morsburger Straße 7, 20 Uhr.

**Ortsgruppe Neukölln, Abt. 1/6:** Zahlabend 27. 1., im Lokal Nogat, Ecke Bodostraße.

**Ortsgruppe Köpenick:** Mitgliederversammlung Mittwoch, 27. 1. 194 Uhr, bei Augustin, Rosen-Ecke Kirchstraße.

**Freie Spielleute Neukölln:** Übungsabend jeden Dienstag, 20/22 Uhr, bei W. Schenk, Neukölln, Rosenstr. 24. Interessenten für Trommeln, Flöten und Schlagzeug werden sachgemäß ausgebildet. Vors.: Karl Schenk, Karlgarten-Straße 18. Techn. Leiter Richard W. Schultz, Manliusstr. 16.

**Ortsgruppe Teltow:** Mittwoch, 27. 1. 20 Uhr, Mitgliederversammlung mit Gästen im Weißen Schwan, Kuhlgrabenplatz. Thema: Der Weg zur roten Einheitsfront.

## SJV

### Mitteilungen der Bezirksleitung

**Referentenschule:** Heim, Prenzlauer Allee 34. Heute 20 Uhr. Thema: Material und Statistik. Referent Gen. Fabian.

**Februar-Programm einsehen!**

**Arbeitsstaffel:** Heim, Prenzlauer Allee 34. Mittwoch, 27. Januar, 11 Uhr. Antifaschistische Einheitskandidatur zur Präsidentschaftswahl.

### Sonntag, 24. Januar.

**Schönhauser Viertel „Paul Levi“:** Treffpunkt 8 Uhr Ebnhof Schönhauser Allee (Erkner).

**Gruppe Balten und Friedrichshain „Rosa Luxemburg“:** Treffpunkt 18 Uhr Wriezener Bahnhof.

### Morgen, Montag, 25. Januar, 19.30 Uhr.

**Charlottenburg-Mitte:** Heim wie bekannt. Erfahrungen aus Betrieb und Stempelstelle.

**Falkenberg:** Heim, Gemeinschaftshaus. Tagespolitik.

**Hansa:** Heim, Schleswiger Ufer 16. Aussprache-abend.

**Köpenick „Roter Aufbau“:** Heim, Grünauer Straße. Das heutige Rußland.

**Lichtenberg:** Heim, Scharnweberstraße. RGO und die Freien Gewerkschaften.

**Mitte Nord „Ernst Toller“:** Übungsabend, Heim, Tietzstraße 18.

**Mitte Süd:** Treffpunkt 19.30, I. A.

**Moabit:** Heim, Lehrter Straße 18/19. Roter Abend.

**Unterbezirk Neukölln:** Arbeitskreis, Schule, Hertzbergplatz.

**Reinickendorf:** Heim, Kopenhagener Straße 24. Unsere kommenden Aufgaben.

**Süd-West:** Heim, Lokal Schuster, Chamissoplatz 5. Erziehungsfragen.

**Trebbin:** Montag abend beginnt im Jurendheim Stadtschule (Anbau) unsere Arbeitsgemeinschaft über Marxismus.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W 111 Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM -,-36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM -,-36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postbelegkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

## Volkstheater

Tuoli a. allwep  
11.30 Uhr  
Beitender Vormittag  
Paul Graet.  
Sonntag u. Montag  
8 Uhr

## Der Gefangene

Rose-Theater  
Grundpraktischer Nr. 137  
Telefon: 17 Weisend 3422

## Ein Frau von Format

Sonntag 9 Uhr  
Jugendfreunde

## Beachtet unsere Inserate!

**B. WOLLENBERG**

langjähriger Mitarbeiter in der Viehhof-Restaurationsbetrieben u. vom Schützenhaus Blesenhof hat im Hochhaus Berolina am Alexanderplatz eröffnet

Das gutbürgerliche Bier- u. Speise-Restaurant

Nur Qualitätsware zu billigen Preisen.

Schwemme Restaurant Stehbierhalle  
BERLINER KINDL PSCHORBRÄU BERLINER KINDL  
PILSENER URQUELL

Hauptingang in der Tietz-Passage

**Anzeigen-Werber**

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

**Höchste Provisionen, sofort bares Geld!**

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 75“ Berlin SW 48

**Hamburg**

**Volkshaus E. V., Hamburg**  
Hammerbrook, Sachsenstr. 21

**Volkshaus Lichtspiele**  
Das Kino des Arbeiters

Sonabend, den 23. Januar, 20 Uhr  
Sonntag, den 24. Januar, 19 und 21 Uhr bringen wir folgende Filme

**1. Feuertransport**  
Eine packende Verschwöreroperale aus der Vorbereitungszeit der russischen Revolution von 1905

**2. Jenseits der Straße**  
Ein Sittenfilm

**3. Kunst und Künstler in Marokko.** Eine Volksstudie

Unsere Preise: Sonnabends zahlen Verdiener 0.50 M. — Sonntags 0.70 M. — Jugendliche und Erwerbslose zahlen nur 0.30M.

Hamburger Arbeiter! Unterstützt uns in unserer schweren Kulturarbeit durch Besuch unserer Filmvorstellungen!

Im Lesezimmer des Volkshauses liegen die Schriften und Zeitungen der SAP aus

**Lenin-Luxemburg-Liebkneccht**

**Gedenkeier der RPD.-Opposition**  
am Sonntag, dem 24. Januar 1932  
vormittags 10 $\frac{1}{2}$  Uhr

**Filmpalast Babylon, am Belowplatz**

Im Programm: Sowjetrussischer Großfilm / Fichte-Sprechchor / Musik / Ansprache / Januar Kollatur

Eintritt 60 Pf.  
Erwerbslose 30 „

Reunion Cigarette

**Fürst Pückler**

10 Qualität rein, mild, nur 5 Pf.

mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

**Les den Klassenkampf!**

**Werbt Abonnenten**



# Thermidor in Rußland?

Von Fritz Rück.

Der erste Enthusiasmus, die organisatorische Fundierung und die ersten Schritte auf dem dornigen Wege proletarischer Klassenkampfpolitik liegen hinter der Sozialistischen Arbeiter-Partei. Unsere Genossen haben allorts begriffen, daß der Aufbau einer eigenen Partei kein stürmischer Siegeszug sein kann, sondern in der von Enttäuschungen und gegenseitigen Mißtrauen erfüllten Atmosphäre innerhalb des deutschen Proletariats unermüdlische, zähe Arbeit erfordert, deren Früchte nur gepflückt werden können, wenn es gelingt, nach außen zu wachsen und innerlich entschlossener, zielklarer und härter zu werden. Eine revolutionäre Massenbewegung erfordert ein anderes Fundament als die taktischen Züge einer oppositionellen Gruppe innerhalb des reformistischen Lagers es geschaffen hatten. 15 Jahre ist die deutsche Arbeiterklasse gespalten in verschiedene Parteien, die Erfahrungen und Ergebnisse dieser ganzen Entwicklungsperiode müssen verarbeitet und angeeignet werden, wir müssen neu zu lernen beginnen und manche alte Erkenntnis wieder lebendig machen.

Auch heute noch ist der wichtigste Prüfstein jeder revolutionären Bewegung die Formulierung ihrer Stellung zur Sowjetunion und die Klärung ihrer Beziehungen und Einstellung gegenüber der Kommunistischen Partei. Die russische Revolution ist der gewaltige Dammbau des 20. Jahrhunderts, und es kann nicht unsere Aufgabe sein, neue Dämme aufzurichten und uns das Verständnis der Bedeutung dieser Revolution für das internationale Proletariat zu verbauen. Eine Kritik der Taktik der kommunistischen Bewegung und eine Herausarbeitung der Unterschiede unserer Auffassung in wichtigen Tagesfragen kann fruchtbringend nur geleistet werden nach einer positiven Verarbeitung und Aneignung der strategischen Grundlinie der revolutionären Politik der bolschewistischen Partei; wird sie von einem anderen Standpunkt aus unternommen, führt sie in ihrer Konsequenz ins Lager des Reformismus zurück.

Zu den theoretischen Auffassungen, die zwangsläufig zurückzuführen müssen, gehört die in letzter Zeit auch in der Presse wiederholt zum Ausdruck gekommene Meinung, die Notwendigkeiten des planwirtschaftlichen Aufbaus in der Sowjetunion in Verbindung mit dem durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen Schwierigkeiten in der Durchführung des Aus- und Einfuhrprogramms müßten naturgemäß zu einer Hemmung und Dämpfung des revolutionären Charakters der sowjetrussischen Politik führen. Sensationell aufgemachte Artikel über die Gefahr einer neuen Inflation in Sowjetrußland, die ungetrieben von der Kenntnis der besonderen Rolle des Geldes als Zahlungsmittel in der Planwirtschaft, die Kreditpolitik der Sowjets gleichsetzen mit den Kreditverhältnissen kapitalistischer Staaten, haben diese Linie noch weiter ausgebaut, die in ihrer Konsequenz die Behauptung in sich schließt, daß die russische Revolution im — zunächst ökonomischen — Thermidor befinde und ihre revolutionären Kräfte erschöpft habe.

Glücklicherweise entspricht die wirkliche Politik Sowjetrußlands diesen ökonomischen Phantasien schlechter Musikanten nicht im entferntesten. In keinem Moment des sozialistischen Aufbaus haben die Bolschewisten die Theorie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ so aufgefaßt, daß sie damit auf die Erfüllung internationaler revolutionärer Aufgaben verzichtet hätten. Das Schicksal der Sowjetunion ist untrennbar verbunden mit dem Fortschritt der Weltrevolution, und wenn Trotzki in seinem fraktionellen Kampfe gegen Stalin die Gegensätze überspitzt und heute verhüllt, gestern unverhüllt, den Thermidor prophezeit hat, so haben sich seine Prophezeiungen in dieser Richtung keinesfalls als richtig erwiesen.

Wenn die Fehler der Komintern in der Durchführung der revolutionären Strategie basieren auf einer entscheidenden Aenderung der ökonomischen Struktur der Sowjetwirtschaft, wenn ein Wachstum und eine Verflechtung mit der kapitalistischen Wirtschaft der imperialistischen Staaten die revolutionären Energien lähmen würde und das Interesse an „normalen“ Handelsbeziehungen zur Hemmung und Abstopfung revolutionärer Bewegungen in kapitalistischen Ländern führen würde — das ist der Sinn der zunächst noch „vorsichtigen“ ökonomischen Theorien —, dann wäre allerdings die Sowjetunion aus einem revolutionären Faktor der Entwicklung zu einem konterrevolutionären geworden. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, uns auf die Rutschbahn solcher Theorien führen zu lassen. Die Notwendigkeit einer tiefgehenden Korrektur der heutigen kommunistischen Taktik in der Gewerkschaftsfrage, in der Frage der Bildung der proletarischen Einheitsfront, in der mechanischen Uebersetzung russischer Erfahrungen auf andere Länder, die der kommunistischen Bewegung vor allem in Deutschland die Fähigkeit zur Führung einer revolutionären Massenbewegung genommen hat, die Notwendigkeit der Beseitigung des bürokratischen Systems der Führung und die Uebersetzung von Gegensätzen in anderen Fragen darf uns nichts antibolschewistische Fahrwasser abgleiten lassen. Der Entwicklungsweg der russischen Revolution ist ein unerhör-

# Groener und Mussolini einig

## Der Wehrminister drischt nationalistische Phrasen

Herr Groener hält den Augenblick, in dem die letzten Verhandlungen über das Zustandekommen der Lausanner Konferenz schweben, für geeignet, in großem Stil nationalistische Reden zu halten, und das Mißtrauen gegen Deutschland, das durch Brünnings Haltung zur Reparationsfrage und durch Schieles Kampfszölle ohnehin erheblich gewachsen ist, noch weiter zu steigern. In der Ufatonwoche — eine neue Einrichtung Hugenbergs — gibt er eine Erklärung zur Abrüstungsfrage ab, von der das gewiß sanfte „Berliner Tageblatt“ mit Recht sagt, daß sie den Eindruck erwecke, als ob sie von einem deutschnationalen Provinzredakteur herrühre.

Unter „Irrsinn der Friedensverträge“ tut's der Herr Wehrminister nicht. Mit solchen Phrasen glaubt er, Deutschlands „unantastbare Ansprüche“ zu sichern.

Auf den gleichen Ton gestimmt ist die Erklärung, die er zu den Debatten des Auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer betreffend den deutschen Rüstungsstand abzugeben beliebt. Fühlte Herr Groener sich wirklich im Recht, so hätte er die Möglichkeit, die sachlichen Ausführungen, die in Paris gemacht wurden, auch sachlich zu widerlegen. Wie sehr muß er selbst wissen, daß er im Unrecht ist, wenn er von dem „planmäßigen Verleumdungsfeldzug“ spricht, den die französische Presse und andere Stellen in letzter Zeit über die „angeblichen deutschen Geheimrüstungen“ veranstaltet haben! Von

dem Versailler Vertrag spricht er in dieser Erklärung grundsätzlich nicht anders als von den „Vorschriften des Diktats von Versailles“. Sachlich werden natürlich alle Geheimrüstungen abgelehnt, nicht Deutschland, sondern nur Frankreich rüste auf.

Diese Art der Erklärung kann natürlich nur geeignet sein, das in Frankreich bestehende Mißtrauen noch zu verschärfen. Mit Recht werden sich die Franzosen sagen: wenn wirklich nichts zu verbergen ist, warum dann dieser Ton, warum dann diese dauernden Landverratsprozesse, diese unentwegte und erbitterte Verfolgung deutscher Pazifisten?

Da Herr Groener einmal beim Schwadronieren ist, gibt er gleich noch dem Berliner Vertreter des „Popolo d'Italia“ ein Interview, in dem er seine

grundsätzliche Uebereinstimmung mit dem italienischen „Duce“

betont und die Hoffnung ausspricht, daß Deutschland und Italien zu einem erfolgreichen Verlauf der Abrüstungskonferenz zusammenarbeiten könnten.

Diese Hoffnung wird nicht trügen. Groeners Reden sind so weitgehend auf den Ton Wilhelms II. und Mussolinis gestimmt, daß das innige Einvernehmen der Faschistenfront gesichert sein dürfte. Auch vor 1914 waren sich die Militaristen immer einig, bis zu dem Augenblick, in dem der „liebe Bruder“ zum „Erbfeind“ wurde.

# Gestörte Zersetzungsarbeit der KPD

Die „Rote Fahne“ meldet mit Triumphstößen: „Hamburgs Seydewitz-Jugend zertrümmert — 50 Mitglieder und Funktionäre des SJV kommen zur Partei Lenins“. — Was ist in Hamburg los? Es ist Tatsache, daß etwa 50 bisherige Mitglieder des SJV „zur Partei Lenins gekommen“ sind, nachdem ein Teil von ihnen vorher nämlich von der „Partei Lenins“ ausgeschickt worden war, um Zersetzungsarbeit in der SAP und im SJV zu verrichten.

Unserer Bezirksleitung in Hamburg war seit längerem bekannt, daß in Hamburger Parteikreisen, insbesondere in der Jugend, Beauftragte der KPD arbeiteten. Ihr „Führer“ war von Borstel, ein Freund Teddy Thälmanns, der wegen erwiesenen unproletarischen Verhaltens aus der KPD ausgeschlossen worden war und der bei uns leider Aufnahme gefunden hatte. Nur waren die Herrschaften nicht zu überführen. Da half ein Zufall. Unter den Teilnehmern einer von der KPD berufenen Geheiminsitzung, die polizeilich ausgehoben und festgestellt wurden, befanden sich auch eine Reihe jener angeblichen SAP-Genossen. Jetzt konnten diese Störer endlich beseitigt werden, und nun, da ihr Spiel entdeckt war, da weitere „fruchtbringende“ Arbeit für die KPD innerhalb der Reihen unserer Partei nicht mehr möglich war, inszenierten die Beauftragten der KPD ihren Rückzug aus der Sozialistischen Arbeiterpartei unter der Tarnung eines „Uebertritts aus politischer Ueberzeugung“, wobei es ihnen leider gelang, auch einige ehrliche Jungarbeiter mit sich zu ziehen.

Der Bericht der „Roten Fahne“ spricht verschämt davon, daß einige Namen der zu ihr „übergetretenen“ bisherigen Mitglieder des SJV „aus verständlichen Gründen“ nicht veröffentlicht werden können. Die Gründe werden mit Rücksicht auf den Namen von Borstels auch unseren Lesern einleuchten.

Wir stellen hiermit fest, daß nach der planmäßig von unserer Bezirksleitung Hamburg durchgeführten Abstoßung der kommunistischen Vertrauensleute unsere Bewegung in Hamburg vollkommen unerschüttert steht. Jetzt erst wird sie recht wachsen und aufblühen können, denn die Bazillen, die sie zersetzen sollten, sind beseitigt.

schwieriger, qualvoller und gefährlicher. Das sah Lenin bereits 1918 voraus, als er in seiner berühmten Rede zum Brester Friedensvertrag, die nun unseren Genossen, aber auch allen Mitgliedern der Kommunistischen Partei immer wieder zum Studium empfohlen muß, sagte: „... im Vergleich zu den vorgeschrittenen Ländern hatten es die Russen leichter, die große proletarische Revolution zu beginnen, es wird ihnen aber schwerer fallen, sie fortzusetzen und im Sinne der vollständigen Organisation der sozialistischen Gesellschaft bis zum Endsiege durchzuführen.“ Der industrielle Aufbau nach dem Fünfjahresplan ist der heroischste Versuch einer Klasse, die die Weltgeschichte kennt, mit den Schwierigkeiten, die dem Endsiege entgegenstehen, fertig zu werden und die Revolution fortzusetzen. Aber der Endsieg des Sozialismus in Sowjetrußland wird nur möglich sein, wenn die proletarische Revolution in anderen Ländern die russische Revolution unterstützt. Eine fünfzehnjährige Erfahrung hat diese Tatsache, die auch Lenin immer wieder betonte, den russischen Kommunisten eingehämmert, wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß auch ihre jetzige Politik von dieser Erkenntnis diktiert wird.

# Einer von vielen

## Londoner Devisenschieber verhaftet

Die mit der Ueberwachung der in der Devisenverordnung enthaltenen Bestimmungen betrauten Stellen haben nach langen Beobachtungen und Ermittlungen einen schweren Verstoß eines angesehenen Londoner Bankhauses gegen die deutschen Devisenbestimmungen festgestellt. Wenn nicht noch rechtzeitig ein Eingreifen erfolgt wäre, dann würde das Deutsche Reich um rund eine Million Mark geschädigt worden sein. So konnte bisher eine halbe Million bereits sicher gestellt werden. Der in Deutschland in dieser Sache tätige Vertreter des Londoner Bankhauses Singer & Friedländer, ein Dr. Gutheitz, ist ebenso wie einer seiner Mittelsmänner, ein Berliner Bankkommissionär Palagiri, verhaftet worden. Weitere Verhaftungen in dieser Sache stehen bevor.

# Wer ist Hitlers Franzose?

Das Pariser „Oeuvre“ fragt:

Ist es richtig, daß der Führer der deutschen Nationalsozialisten in seinem Stabe einen Franzosen hat?

Nach der Information des „Oeuvre“ handelt es sich um einen Herrn Louis, der im Jahre 1893 zu Marseille geboren ist, zuerst Angestellter eines Notars war und danach während des Krieges Dienst in der französischen Armee tat. Im Jahre 1930 arbeitete er schon im Braunen Hause in München.

Gegenwärtig soll Louis, von deutschen Nationalsozialisten begleitet, in Schlesien für Hitler agitieren.

# Besitzwechsel bei der „DAZ“?

Von beiden Unternehmen bestritten, schweben seit einiger Zeit zwischen Vertretern des Scherlverlages und Aufsichtsratsmitgliedern der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die eine Ueberleitung dieses Blattes in den Scherl-Konzern zum Ziel haben. Es handelt sich um das Aktienpaket, das sich gegenwärtig in Händen des Generaldirektors Vögler von den Vereinigten Stahlwerken befindet. Eine Untersuchungskommission des Scherlverlages, die in Hugenbergs Auftrag die geschäftlichen und bilanzmäßigen Unterlagen überprüfen sollte, hat ihre Arbeit dieser Tage übrigens beendet. Die Untersuchung soll, wie man hört, nicht ausnehmend günstig für die Verkäufer ausgefallen sein.

Von dem Geheimrat Hugenberg habestehender Seite wird übrigens versichert, daß an der politischen Haltung des Blattes keine Aenderungen erfolgen sollen, wenn der Fort des Scherlverlages sich entschließen sollte, das Unternehmen seinem Konzern einzugliedern. Für die Erhaltung der Selbständigkeit der Redaktion bemüht sich vornehmlich die Leitung der Hamburg-Amerika-Linie, die ebenfalls an der „DAZ“ interessiert ist.

Jedenfalls scheint soviel sicher, daß die Leser von dem Besitzwechsel, wenn er jetzt Tatsache werden sollte, nicht allzu viel erfahren würden.

# Sozialdemokratischer Stadtdirektor verurteilt

TU. Düsseldorf, 22. Januar.

Das Erweiterte Schöffengericht verurteilte am Freitag den 46 Jahre alten sozialdemokratischen Stadtverordneten und Stadtdirektor der Stadt Hilden (Rheinland), Konrad Renneisen, wegen fortgesetzter schwerer Amtsunteruchlagung teilweise in Tateinheit mit Verbrechen nach § 348 Abs. 1 zu 15 Monaten Zuchthaus. Renneisen hat sich in den Jahren 1927 bis 1931 Unterschlagungen und Urkundenfälschungen zuschulden kommen lassen. Er unterschlug Pachtzinsen, Gebühren für Arbeiterlegitimationskarten, Arbeiter- und Angestelltenbeiträge usw. im Gesamtwert von 5000 Mark.



# Hannes Reutter: „Der große Krumme“

Theater am Schiffbauerdamm.

„Erinnert Euch, daß Eure Vorfahren Bauern waren, wie meine auch. Wandert zurück auf das Land, von wo ihr — viel zu zahlreich — gekommen seid. Dann werden die Maschinen, die vielleicht (!) einmal Euch gehören werden, Eure Helfer sein!“ Das, ungefähr, ruft am Schluß des Stückes der geheimräthliche Erfinder den Arbeitern zu, die gegen die neue, sie mit verstärkter Arbeitslosigkeit bedrohende Erfindung rebellieren.

Der hier gezeigte „Ausweg“ ist genau das, was heute der bankrotte Kapitalismus versucht: Hungersiedlungen für Erwerbslose. Denn eine ernsthafte, die Not beseitigende Siedlung ist erst möglich, wenn das Privateigentum beseitigt ist. Von dieser Voraussetzung wird aber kein Wort gesagt. Das Stück ist also in seiner objektiven Wirkung eine Propaganda für die kapitalistische Siedlung — für den Kapitalismus.

Diese Wirkung liegt allerdings nicht in der Absicht des Autors. Aber weil er, der ein ehrlicher Gefühlssozialist ist, sich mit sozialistischen Problemen — mit dem Marxismus nicht eingehend beschäftigt hat, wird er zu einem, allerdings unfreiwilligen, kapitalistischen Agitator. Dieser Fall ist kein Einzelfall. Und darum muß ein für allemal gesagt werden: Für die Beurteilung solcher Fälle kann der gute Wille kein Entschuldigungsgrund sein. Die Wirkung ist entscheidend. Und in der Wirkung laufen solche Fälle auf ein Verbrechen am Proletariat hinaus: Schrittmacherei für den Faschismus. Wer als Wortführer des Proletariats auftreten will, hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich mit dem Marxismus völlig vertraut zu machen und so zuerst in seinem Kopf Klarheit zu schaffen. Oder er hat den Mund zu halten.

Hannes Reutter tat weder dies noch jenes. Da ist es nicht verwunderlich, daß sein Stück als Stück genau so dilettantisch ist, wie die von ihm vorgetragenen Ansichten dumm und verbrecherisch sind. Reutter füllt ein ganzes Bild mit nichts als einem ausgewachsenen Rundfunkvortrag, der aufreizend wirken sollte. Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Vortrag niemals zugelassen worden wäre — wieviel aufreizender als die wie Castagnettes klappernden radikalen Phrasen hätte die Unterbrechung des Vortrags durch die Rundfunküberwachung gewirkt. Daß Hannes Reutter auf diese naheliegende, äußerst wirksame Idee nicht kam, zeigt, wie verheerend eine unklare Ideologie auf den dramatischen Instinkt wirkt, obwohl Hannes Reutter ein erfahrener Theatermensch ist — wenn die Theaterfama recht hat: der Intendant des Stadttheaters Freiburg i. Br. Max Krüger. Auch ein Intendant kann eben ohne klaren Kopf keine Stücke schreiben.

Felix Ziege.

# Der päpstliche Kreuzzug gegen die Sowjets

Die „Germania“ druckt die folgende Nachricht ihres römischen Korrespondenten:

**Päpstliche Ehrung.** Der Papst hat Bischof d'Herbigny, der kürzlich, um sich ganz der Leitung der Päpstlichen Kommission Pro-Russia zu widmen, vom Vorsitz des Päpstlichen Orientalischen Instituts zurücktrat, jetzt zum Ehrenpräsidenten desselben ernannt.

Der Bischof d'Herbigny ist der Leiter der vatikanischen Anti-Sowjetpropaganda, die dem jetzt regierenden Papst besonders am Herzen liegt, seit seine Versuche (die er als Nuntius in Warschau im Jahre 1921 begann), die Zustimmung der Sowjets zur Rekatolisierung der orthodoxen Kirchenanhänger im Sowjetstaat zu erlangen, restlos fehlgeschlagen sind.

D'Herbigny ist von Geburt Belgier und hat von einem belgischen Kloster aus jahrelang die Agitation der Kurie betrieben, bis ihn etwa vor zwei Jahren der Papst an die Spitze der neu begründeten „Kommission Pro Russia“ stellte.

# Russisch-finnischer Nichtangriffspakt

Am Donnerstag mittag wurde der Nichtangriffspakt zwischen Finnland und Sowjetrußland vom finnischen Außenminister und dem russischen Gesandten unterzeichnet.

Der Vertrag gilt vorläufig für drei Jahre. Beide Teile verpflichten sich, einander nicht anzugreifen. Im Falle des Angriffs eines dritten Staates ist der andere Vertragsschließende zur Neutralität verpflichtet. Im Falle von Streitigkeiten sind beide Teile gehalten, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald die Ratifikationsurkunden in Moskau ausgetauscht worden sind.

# Wieder eine feudale Architektur abgebrannt

Brüssel, 23. Januar.

Das Schloß Nieuwerkerken bei Saint Trond, das aus dem 16. Jahrhundert stammt, ist durch Feuer restlos zerstört worden. Eine Sammlung antiker Möbel fiel den Flammen zum Opfer. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Franken.



## Neue Handelskriege in Sicht

### Das Ausland zu der Zoll-Notverordnung

Wie nicht anders zu erwarten, hat die neue Notverordnung der Reichsregierung im Ausland einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Der dänische Außenminister Dr. Munch äußert in „Politiken“ u. a. folgendes:

„Die in Frage kommende Zollerhöhung wird in Dänemark das stärkste Bedauern hervorrufen.“

Es ist unmöglich zu ersehen, wie man sich vorstellt, einen Valutazulagezoll mit dem zwischen Dänemark und Deutschland geltenden Handelsvertrag in Übereinstimmung bringen zu können.

Man versteht in Dänemark voll und ganz die Lage in Deutschland gemindertem Konsum und geminderte Einfuhr mit sich bringt. So ging denn auch die dänische Einfuhr im letzten Jahr um 40 000 auf 30 000 Tonnen zurück, was einigermaßen der Minderung der deutschen Gesamteinfuhr entspricht.

Aber wir verstehen nicht, daß man diesen Rückgang noch durch künstliche Eingriffe steigern will.

Dänemark ist nicht nur Verkäufer, sondern ein weit größerer Käufer, einer der besten Kunden Deutschlands.

Werden wir am Verkauf gehindert, dann sind wir auch an dem normalen Einkauf gehindert und dann wird der Rückgang unserer Kaufkraft im wesentlichen Grade Deutschland treffen. Der Schritt, der jetzt von deutscher Seite unternommen wurde, wird selbstverständlich sofort zu Verhandlungen mit den interessierten dänischen Wirtschaftskreisen führen.“

Die dänische Zeitung „Dagens Nyheter“ fordert die Kündigung des dänischen Handelsvertrags mit Deutschland.

In einer Sitzung des dänischen Außenministeriums wurde von allen Seiten betont, daß der deutsche Schritt von außerordentlicher Schädlichkeit für die dänische Ausfuhr nach Deutschland sein werde. Eine Verminderung der dänischen Kaufkraft werde wieder eine Verminderung der deutschen Ausfuhr nach Dänemark zur Folge haben.

Ueber die dänischen Maßnahmen, die eine natürliche Folge der deutschen Maßnahmen sein werden, ergab sich völlige Übereinstimmung.

In Holland haben die deutschen Maßnahmen gleichfalls große Verstimmung hervorgerufen. Das „Wirtschaftliche Abwehr-Komitee“ der holländischen Landwirtschaftlichen Organisation hat eine Entschließung gefaßt, in der von der Regierung Gegenmaßnahmen verlangt werden.

Ebenso fordern die finnischen Blätter in erregten Artikeln energischen Protest und bezeichnen die deutschen Maßnahmen als eine

Verletzung des Handelsvertrags.

Die Londoner Presse bringt allgemein zum Ausdruck, daß sich die neue deutsche Zollnotverordnung besonders gegen England richtet. Nach der „Morningpost“ setzen sich die englischen Kohlengrubenbesitzer für Wiedervergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland ein.

Ein polnisches Blatt fordert offiziell zu einem allgemeinen Handelsboykott gegen Deutschland auf.

Der regierungsfreundliche „Kurjer Czerwonj“ glaubt sich zu der Erklärung veranlaßt zu sehen, daß die Zollerhöhungen reine Kampfmaßnahmen seien, die zweifellos eine gemeinsame Boykottbewegung der interessierten Staaten gegen Deutschland zur Folge haben müßten.

Die Organisation eines solchen Handelsboykotts müsse alsbald zwischen den betreffenden Staaten, wie Dänemark, Holland, Schweden und Polen, vereinbart werden.

Die nächste Folge dieser deutschen Kampfzölle könne eine völlige Zerstörung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen werden. In weiterer Zuspitzung dieses Handelskrieges könne eine restlose Absperrung der Grenze erfolgen.

## Bayern senkt Bierpreise

TU. München, 22. Januar.

Die Verhandlungen des Preiskommissars für Bayern, Präsidenten Dr. Zahn, mit den Vertretern der bayerischen Brauereien und des Gastwirtgewerbes haben am Freitag den Erfolg gezeitigt, daß in Bayern ab 1. Februar eine Senkung des Bierauschankpreises um vier Mark je Hektoliter Vollbier eintritt. Die Ermäßigung erfolgt so, daß der Preis der Brauereien und der Schanknutzen der Gastwirte um je zwei Mark je Hektoliter Vollbier gesenkt werden. Der neue Bierpreis ist auch bei Abgabe von weniger als einem Liter maßgebend und ist in den Gastwirtschaften ab 1. Februar an einer für jedermann sichtbaren Stelle anzuschlagen. Bei der Einzelberechnung ist eine Aufrundung unzulässig.

Der Preiskommissar teilte mit, daß sich die bayerische Regierung nach wie vor bei der Reichsregierung für eine baldige Ermäßigung der Biersteuer einsetzt.

# Krise ohne Ende

## Eine Bank für Pleiten

Seit jenem historischen 13. Juli, an dem die Darmstädter und Nationalbank die Schalter schließen mußte, windet sich der Kapitalismus in einem hochgradigen Fieber. Das Kreditssystem hat aufgehört zu funktionieren und soweit das Aergste vermieden werden konnte, so nur dank der sofort von Reichsregierung und Reichsbank den großen Privatbanken geleisteten Hilfsleistung. Der Erfolg war freilich teuer erkauft. Linnal wurde in die Reichsfinanzen ein zwar noch nicht sichtbares, aber darum nicht weniger tiefes Loch gerissen, während auf der anderen Seite die Reichsbank bis zu ihrer fast völligen Lähmung angespannt wurde. Nur, wenn es gelang, in kürzester Zeit der Kreditkrise Herr zu werden und Reich und Reichsbank aus den übernommenen Bindungen zu lösen, blieb der hierdurch geschaffene Zustand weiter unbedenklich. Ansonsten mußten sich die ergriffenen Stützungsmaßnahmen nicht nur als unwirksam, sondern geradezu als verhängnisvoll erweisen, da sie die Gefahr heraufbeschworen, daß in Riesenbeträge laufende Mittel zur Rettung sterbensreifer Banken und Betriebe festgelegt und dauernd jenen anderen Teilen der Wirtschaft entzogen wurden, die sich selbst noch einer inneren Gesundheit erfreuten und zu ihrer Erhaltung nur der Möglichkeit bedurften, sich jederzeit die notwendigen Betriebskredite zu beschaffen. Doch die Kreditkrise verschwand nicht nur nicht, sondern nahm im weiteren Ablauf noch unerhört an Wucht zu, so daß das Faule und Morsche auf Kosten der Gesunden gestützt bleibt und der Tag immer näher heranrückt, an dem schließlich die ganze Privatwirtschaft Kostgängerin des Staates wird.

### Banken, die nicht funktionieren

Die Spuren dieser Entwicklung zeichnen sich am sichtbarsten und sinnfälligsten bei den großen deutschen Privatbanken ab. Noch erheben sich zwar überall wie einst im Mai ihre stolzen Paläste, aber die Funktionen, die ihnen vom Kapitalismus übertragen sind, können sie längst nicht mehr erfüllen. Der weitaus größte Teil ihrer Mittel ist nicht mehr verfügbar. Die Industrie, denen die Banken ihre Mittel in den Jahren der Konjunktur zugeführt hatten, kann die Rückzahlungen nicht leisten und denkt auch gar nicht daran. Der Widerstand gegen Rückzahlungen wächst mit der Ziffer der Schulden und diese wieder mit der Größe des Schuldners. Es tritt jene bekannte Umkehrung des Verhältnisses zwischen Schuldner und Gläubiger ein, wonach der erste nicht in die Hand des zweiten gegeben, sondern umgekehrt der Gläubiger der Willkür des Schuldners ausgeliefert ist. Da aber gleichzeitig die Kapitalrückforderungen von den Banken die neu zufließenden Mittel weit übertreffen, so bleibt den Privatbanken nur die Wahl, sich an den kleineren Schuldner schadlos zu halten und diese unter einen ständig wachsenden Druck zu setzen; dies auch dann, wenn die Mittel dort besser geborgen sind als bei den Großschuldner.

### Kapitalflehleitungen werden beständig

Praktisch läuft dies längst auf eine völlige Umkehrung der Funktionen hinaus, die den Krisen im Kapitalismus eigentlich zufallen. Ihre Aufgabe ist es, die Spreu vom Weizen zu sondern und jene wirtschaftliche Auslese zu treffen, die allein die Voraussetzung jedes neuen Konjunkturaufstiegs bildet. Das Zustandekommen dieser Auslese hängt aber wieder entscheidend ab von einem freien Fluß des Kredits, der gerade mit der Verminderung seines Volumens eine so gründlichere Auswahl verbinden muß. Wird er hieran — gleichgültig durch welche Umstände immer — gehindert, dann setzt sich der Kapitalismus gerade über das entscheidende Element der Krise und damit eines seiner eigenen Grundgesetze hinweg und wird aus einem Prozeß der möglichen Heilung ein Prozeß des allgemeinen Absterbens, der sich um so rascher abwickeln muß, je größer das Maß der objektiven Kapitalflehleitungen in der vorausgegangenen Konjunkturperiode war.

### Dämmernde Erkenntnis

Das nun trifft für Deutschland mehr als für jedes andere Land zu. Nicht nur waren hier seit der Stabilisierung die Neuanlagen ganz bedeutend größer wie in jedem anderen Land, sondern auf Grund der starken Kartellbindungen und der durch sie gesicherten hohen Profite nahm in Deutschland die Ueberspannung einzelner Industrien auch besonders außergewöhnliche Ausmaße an. Eben darum muß sich auch in Deutschland jede Störung der Krisenfunktionen umso unheilvoller auswirken. Diese Erkenntnis beginnt jetzt wohl auch allenthalben zu dämmern und mit besonderem Nachdruck hat die Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G. in ihrem jüngsten Jahresrückblick darauf wiesen und die entsprechenden Schlußfolgerungen daran geknüpft. Dieses Institut schrieb u. a.:

„Auf Grund von Ueberschätzung waren Investitionen aufgebaut und Zinsbelastungen eingegangen worden, die sich jetzt als zu hoch erweisen. Derartige Größen aufrecht zu erhalten, kann nicht Aufgabe der Kartell- und Zollpolitik sein. Je schneller im

Gegenteil die Anpassung an offenbare Veränderungen der Produktions- und Absatzbedingungen erfolgt, um so schneller können die in den Betrieben investierten Kapitalien wieder fruchtbar gemacht werden. Es gehört zum Wesen der freien, arbeitsteiligen Wirtschaft, daß die Verluste, die durch die Anpassung an die in der Wirklichkeit gegebenen Größen entstehen, von den an der Produktion beteiligten, von denjenigen, die die Fehler begangen haben, getragen werden.“

Der Rat ist freilich schneller erteilt als befolgt. Die kapitalistische Praxis geht in Deutschland noch immer den gerade entgegengesetzten Weg und wälzt die Kosten der Fehler nicht auf jene, die sie begangen haben, sondern bevorzugt diese im Gegenteil noch.

### Produzenten werden geschont

Das beweist soeben wieder die Tätigkeit des sogenannten Preisüberwachungskommissars Goerdeler. Konsequenz vermeidet er es, den Hebel des Preisabbaus bei den Produzenten anzusetzen, obwohl doch diese den Hauptvorteil der durch das Notverordnungs-diktat gesenkten Löhne und Gehälter genießen. Soweit Preisabbau erfolgt ist, kam er fast ausschließlich auf Kosten des Zwischenhandels und des Kleingewerbes zustande, indem deren Gewinnspannen ohne Rücksicht auf ihre eigenen Existenzmöglichkeiten gedrückt wurden. In der Praxis bedeutet dies aber nichts anderes als den Versuch, die Krise im Bezirk der Produktion dadurch zu entspannen, daß ihm ein anderer Wirtschaftsbezirk geopfert wird, wie es weiter darauf hinausläuft, gerade jene Auswüchse an der kapitalistischen Wirtschaft zu erhalten, die zu allererst ausgebrannt werden müssen, wenn überhaupt eine Gesundung angestrebt werden soll — so fraglich das Resultat solcher Bemühungen auch immer sein mag.

### Ein vermessenes Projekt

Muß schon dieses Beginnen des Preiskommissars stärksten Argwohn erregen, so wird dieser noch verstärkt durch das neuerdings ventilerte Projekt einer Industriebank, das vor allem den Zweck verfolgt, die Banken von den bei ihnen festgefrorenen Krediten zu entlasten und sie wieder in Gang zu setzen.

Seiner Gesamtanlage nach ist dieser Plan von erstaunlicher Einfachheit. Die bestehenden Privatbanken sollen ihre Schuldner zu einer Zusammenlegung der alten Aktien sowie zur Begebung neuer Aktien als Gegenwert für ihre Bankschulden anhalten. Damit würden die Banken der Sorge um die großen Außenstände ledig und könnten wieder mit liquideren Bilanzen aufwarten, vorausgesetzt — vorausgesetzt, daß sie selbst Abnehmer für die angeschwemmten neuen Aktien finden. Da an eine solche Möglichkeit im freien Handel heute aber kein Mensch glaubt, so soll zu diesem Zwecke eine besondere Bank, gewissermaßen eine Ueberbank der Industrie geschaffen werden, an die die Banken die ihnen zufallenden neuen Aktien abtreten können.

Der ganze Kunstgriff besteht also zunächst darin, daß Bankschulden der Industrie in Aktien umgewandelt und deren Beträge den Banken von einer anderen Bank gutgeschrieben werden. Es leuchtet aber ohne weiteres ein, daß eine derartige Machenschaft den Banken noch keineswegs die Erleichterung bringen kann, deren sie bedürfen. Blicke das Projekt auf die Umwandlung der Guthaben bei der Privatindustrie in neue Aktien und deren Hinterlegung bei einer neu zu errichtenden Bank beschränkt, dann würden nur die Namen der Bankschuldner geändert und erschiene, was bisher Außenstände sind, in der Bilanz als Wertpapierbesitz, ohne daß darum zugleich auch die Banken in den Besitz flüssiger Mittel gelangen würden. Das Projekt bedarf darum notwendigerweise einer Ergänzung insofern, als zumindest die neu zu schaffende Bank in die Lage versetzt wird, die ihr übergebenen Aktien irgendwo zu veräußern bzw. zu lombardieren, wofür nach Lage der Dinge nur die Reichsbank in Betracht käme. Das heißt aber in der Praxis wieder nichts anderes, als daß das von den Privatbanken übernommene Risiko weitestgehend auf das Finanzinstitut des Reiches abgewälzt und die Schwierigkeiten, in die die Privatbanken großenteils, wenn nicht ausschließlich durch eigene Fehldispositionen geraten sind, von der Reichsbank und damit vom Reiche selbst übernommen werden, ohne daß zugleich weder der Reichsbank noch dem Reiche selbst irgendwelcher Einfluß auf die Privatunternehmungen eingeräumt wird.

### Die wahren Absichten

Damit treten die Hintergedanken des ventilerten Projekts klar hervor: Industrie und Banken betrachten den Staat als ein Rückversicherungsinstitut. Der schon durch die Stützungsaktionen des Reiches für die Banken eingeleitete Kurs wird zur Dauereinrichtung und gleichzeitig werden die Einflüsse, die wenigstens theoretisch dem Staate auf Grund seiner Zuwendungen zugefallen sind, wieder abgebaut. Es wird nichts aus dem Kurs auf den Staatskapitalismus, der von den Theoretikern der Sozialdemokratie frohlockend als die große Weltwende verkündet worden ist, ganz abgesehen davon, daß Staatskapitalismus

in der kapitalistischen Wirtschaft, d. h. bei Erhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln kein Morgenrot eines aufsteigenden Sozialismus, sondern nur die durch die Wirtschaftsmacht des Staates potenzierte Wirtschaftsmacht der Kapitalistenklasse ist. Auch diese staatskapitalistischen Illusionen gilt es endgültig zu begraben. Sie hatten im Lichte der Wirklichkeit nie Bestand und was von ihnen noch übrig blieb, wird von den Grundmauern der werdenden Ueberbank erdrückt, gleichgültig, in welcher endgültigen Form diese eines Tages erstehen mag.

### Kein Krisenrezept

Zugleich verschwinden damit auch jene anderen Hoffnungen auf eine Ueberwindung, ja auch nur eine fühlbare Entspannung der Krise. Wohl ist vorauszusehen, daß das Großunternehmertum, das heute angesichts der rauchlosen Schornsteine um seinen Besitz bangt, erleichtert aufatmen wird. Ihm winkt die Befreiung von einem nie erlebten Druck. Es wird der Gefahr des Verlustes seines Einflusses entzogen und bleibt auch von dem Zwange befreit, in vollem Umfange jene Abschreibungen vorzunehmen, die durch die heutige Unverwertbarkeit ihrer Produktionsanlagen bedingt sind. Diesem kategorischen Gebot der Krise können sie sich entziehen, doch steht darauf der Preis, daß die Krise im ganzen unvermeidlich noch wachsen muß, da ja gerade der von ihr zu vollziehende Reinigungsprozeß aufgehalten wird. Was dem einzelnen Kapitalisten bekommt, bekommt eben nicht zugleich dem Kapitalismus als Ganzes. Diesem winkt auch — oder besser: gerade — nach der Verwirklichung des Industriebankprojekts nur die Krise ohne Ende.

## Burgfrieden in England

### Regierungskrisen ausgeschaltet

Die Uneinigkeit, die im englischen Kabinett über die Zoll- und Handelspolitik der Regierung besteht, hat sich in den letzten Tagen so weit verschärft, daß mit einer Kabinettskrise zu rechnen war. Snowden, Sir Herbert Samuel und Sir Donald Maclean stehen in scharfer Opposition zu dem offiziellen Bericht über die Handelsbilanz.

### Im Namen der

### „Aufrechterhaltung der nationalen

### Einheit“

dat das Kabinett den gordischen Knoten zerschlagen, indem es grundsätzlich beschloß, mit der Jahrhundert alten Tradition der Kollektivverantwortung der Regierung zu brechen. Ein Minister, der einen Kabinettsbeschuß nicht verantworten zu können glaubt, wird künftig nicht mehr zurücktreten, sondern kann seine abweichende Meinung mündlich und bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen.

Mit diesem Beschluß ist in England — sehr kurze Zeit nach ihrer Einführung — die Koalitionspolitik ad absurdum geführt worden. Die Parteien der Minderheit, die sich an einer Regierung beteiligen, haben nach dieser neuen Regelung keinerlei Möglichkeit mehr, ihre abweichende Meinung in der Regierung durchzusetzen. Sie werden auf machtlose Erklärungen beschränkt, müssen aber im übrigen die Verantwortung für Unverantwortliches tragen. Snowden, von dem nichts anderes zu erwarten war, hat als erster die grundsätzliche Kapitulation vollzogen.

Das ist das Ende des abschüssigen Weges, den MacDonald und seine Freunde beschritten haben. Im Namen der „nationalen Einheit“ fing es an — in ihrem Namen endet es.

## Ein Linksrepublikaner über Lausanne

In der großen französischen Kammerdebate ergriff u. a. der Linksrepublikaner Forgeot das Wort. Er erklärte, Deutschland habe mehr als alle anderen unter der Krise zu leiden, da sich zu der wirtschaftlichen Krise noch die Last der Reparationen geselle. Frankreich habe sicherlich ein Recht auf diese Reparationen. Zur Befriedigung der Welt genüge es aber nicht, immer nur auf sein Recht zu pochen. Es sei nicht ratsam, immer nein zu sagen. Der Schlüssel zur Lösung des Reparationsproblems liege auf dem Gebiete der Abrüstung. Der Redner entwickelte die These, daß man durch eine Verständigung in der Abrüstungsfrage, durch Verwirklichung des Schiedsgerichtspaktes in der Sicherheitsfrage einen derartigen Fortschritt machen würde, der es allen Ländern erlaube, ihre Rüstungen um mindestens 25 vH herabzusetzen. Bedingung sei jedoch, daß sich Amerika zu dem Vertrag von 1919 bekenne, der ein regelrechtes amerikanisch-französisches Bündnis darstelle. Die Einsparung bei den Rüstungen erlaube es Frankreich, auf seinen Anteil an den Reparationen zu verzichten. Amerika habe allen Grund, auf die interalliierten Schulden zu verzichten.